Nr. 207 — Jahrgang 12 Einzelnummer 0,20 Zl. Sonnabend, den 10. September 1927

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 9. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto: P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Ein neuer polnischer Vorschlag in Genf

Die Versuche zu einem Ostlocarno — Der Wortlaut des Angebots
Ablehnung durch die deutsche Delegation — Auch England lehnt ab

Genf. Die polnische Delegation hat heute nachmittag um 5 Uhr der deutschen, der englischen und der französischen Delegation einen neuen Resolutionsvorschlag eingereicht. Die Delegationen sind sofort zur Prüfung des neuen Vorschlages zusammengetreten. Alle bisherigen Entwürfe sind infolgedessen bereits als überholt anzusehen.

Voraussichtlich werden im Laufe des Donnerstag die juristischen Sachverständigen der Delegationen zur Prüfung des neuen Vorschlages zusammentreten. Da die Verhandlungen noch im Gange sind, läßt sich der weitere Verlauf der Situation in keiner Weise übersehen. Von italienischer Seite wird heute hervorgehoben, daß der Versailler Vertrag sowie der Locarnopakt alle notwendigen Sicherheitsgarantien im Osten wie im Westen enthalten und deshalb keinerlei Veranlassung vorliege, Verhandlungen über Schaffung neuer Garantien aufzunehmen.

Gestern nachmittag hat eine längere Aussprache zwischen Briand und der polnischen Delegation stattgefunden, anschließend fand dann eine Unterredung zwischen Briand und Chamberlain statt.

Der Wortlaut des neuen polnischen Resolutionsentwurfes

Genf. Die Telegraphenunion veröffentlicht nachfolgend den Wortlaut des neuen polnischen Resolutionsentwurfes, der gegenwärtig den Gegenstand der Verhandlungen zwischen den Delegationen bildet:

Die Vollversammlung, ausgehend von dem Gedanken der Solidarität der Nationen untereinander und beseelt von dem Willen, den Frieden für die Zukunft zu sichern, ist der Ueberzeugung, daß Angriffskriege niemals ein Mittel der Regelung von Streitigkeiten zwischen den Staaten sein dürfen. Die Bundesmitglieder geben ihrer Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß ein Angriffskrieg ein internationales Verbrechen darstellt. Indem sie diesem ihrem Willen Ausdruck verleihen, wollen sie eine neue Atmosphäre schaffen, die der weiteren Durchführung des Abrüstungsgedankens günstig ist. Aus diesem Gedanken heraus erklärt die Vollversammlung des Völkerbundes folgendes:

1. Jeder Angriffskrieg ist und bleibt verboten.
2. Zur Beilegung internationaler Streitigkeiten sind ausschließlich friedliche Mittel anzuwenden.
3. Die Mitgliedsstaaten übernehmen die Verpflichtung, sich zu den eben angeführten Grundsätzen zu bekennen und ihre gegenseitigen vertraglichen Beziehungen auf den Grundsätzen dieser Erklärung aufzubauen.

Die deutsche Delegation lehnt den neuen polnischen Vorschlag ab

Genf. Von seiten der deutschen Delegation wird gestern abend mitgeteilt, daß der neue polnische Vorschlag ihre Zustimmung nicht finden könne, da er die Locarnoverträge entwerten würde. Die Außenminister der drei Locarnomächte hätten nacheinander ausdrücklich festgestellt, daß der Locarnopakt auch für den Osten jede notwendige Sicherung enthalte.

Die heute eingeleiteten Verhandlungen der Delegationen über den neuen polnischen Vorschlag werden morgen fortgesetzt werden. Es besteht immer noch die Hoffnung, daß eine Einigung zustande kommen wird.

Wie Donnerstag abend weiter verlautet, hat auch die englische Delegation in gleicher Weise wie die deutsche den neuen polnischen Vorschlag abgelehnt.

Die Danziger Fragen verschoben

Kontroverse Stresemanns mit dem polnischen Vertreter

Genf. Der Völkerbundsrat nahm am Donnerstag nachmittag den Bericht des Präsidenten Villegas über die Regelung des Danziger Anlegehafens an. Nach dem Bericht fordert der Völkerbundsrat die polnische Regierung auf, bis zum 15. Oktober ihren Standpunkt in dieser Angelegenheit dem Rat darzulegen. Ferner wird der Danziger Volksbundkommissar aufgefordert, die Danziger und polnische Regierung zur Aufnahme direkter Verhandlungen aufzufordern. Der Völkerbundsrat soll sich dann in seiner Dezembertagung erneut mit dieser Angelegenheit befassen. Senatspräsident Sam gab seinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck, daß der Rat auf der gegenwärtigen Tagung noch nicht zu einer endgültigen Stellungnahme gekommen sei, da diese Angelegenheit eigentlich kaum weiterer Klärung bedürfe. Die polnische Regierung habe in ihren Erklärungen vom 10. September 1921 selbst darauf hingewiesen, daß das Anlaufen polnischer Kriegsschiffe im Danziger Hafen infolge des Fehlens eines eigenen Hafens notwendig sei. Nunmehr sei der Gdinger Hafen vollständig ausgebaut, ferner wurde es auch den polnischen Kriegsschiffen in Zukunft immer möglich sein, auf Grund der internationalen Bestimmungen den Danziger Hafen zu Reparaturzwecken anzulaufen. Präsident Sam betonte, er hoffe, daß nunmehr der Völkerbundsrat auf seiner Dezembertagung endlich eine endgültige Regelung finden werde.

Es entspann sich hierauf eine längere lebhafte Debatte zwischen Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem polnischen Kommissar Straßburger, der erklärte, er hoffe, diese Frage werde in direkten Verhandlungen zwischen Danzig und Polen geklärt werden. Dr. Stresemann stellte hierauf den Antrag, der Militärunterkommission des Völkerbundes die einzige Frage vorzulegen, ob der Hafen von Gdingen bereits als Port d'Attache für die polnische Flotte genüge, oder ob der Danziger Hafen bis zum endgültigen Ausbau des Gdinger Hafens noch weiter als Port d'Attache für die polnische Flotte beibehalten werden soll.

Demgegenüber erklärte der polnische Kommissar Straßburger, daß die Militärunterkommission des Völkerbundes den gesamten Fragenkomplex in dieser Angelegenheit einer eingehenden Prüfung unterziehen müsse. Dr. Stresemann wies diesen Antrag zurück und betonte, die Militärunterkommission werde selbst die Grenzen ihrer Tätigkeit beurteilen können und brauche hierzu keine Hilfslinien des polnischen Kommissars.

Der Völkerbundsrat faßt sodann folgenden Beschluß: Die polnische Regierung wird aufgefordert, bis zum 15. Oktober ihre Stellungnahme in dieser Angelegenheit dem Völkerbundskommissar zu übermitteln. Sollte bis zum 15. November eine Einigung zwischen Danzig und Polen nicht erzielt sein, so soll sofort die Militärunterkommission zusammentreten, um dem Anfang Dezember zusammentretenden Rat das gesamte Material vorlegen zu können, worauf dann der Rat eine endgültige Entscheidung zu treffen haben wird. Diesem Beschluß stimmten sämtliche Ratsmitglieder zu.

Sejmeinberufung erst am 30. September

Warschau. Die Morgenpresse veröffentlicht den offiziellen Text der Verfügung des Staatspräsidenten der Einberufung des Sejm. Danach wird der Sejm nich am 22., sondern zum 30. September einberufen.

Holland besteht auf Behandlung seines Antrages

Genf. Der holländische Außenminister erklärte heute gegenüber holländischen Pressevertretern, daß er nicht die Absicht habe, seinen in der Vollversammlung eingebrachten Antrag auf Wiederaufnahme der Diskussion über die Grundlage des Genfer Protokolls zurückzuziehen. Auch im Falle der Einbringung einer Entschließung durch die Großmächte würde Holland seinen Antrag voll aufrechterhalten und eine Behandlung des Antrages in der Vollversammlung fordern. Die holländische Delegation sei entschlossen, es gegebenenfalls auf eine Abstimmung in der Vollversammlung ankommen zu lassen.

Eine Mateotti-Feier in Brüssel

Berlin. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" aus Brüssel meldet, hat der italienische Geschäftsträger Bordonaro Brüssel im Hinblick darauf verlassen, daß am nächsten Sonntag wieder eine Matteotti-Feier in Brüssel stattfindet. Im Brüsseler Volkshaus wird das Matteotti-Denkmal in Anwesenheit Hendersons, Leo Blums und des deutschen Reichstagsabgeordneten Müller eingeweiht werden. Aus diplomatischer Rücksichtnahme werden die sozialistischen Minister Belgiens diesmal nicht an der Feier teilnehmen.

Mysteriöse Explosionen in Chicago

London. Wie aus Chicago gemeldet wird, ereigneten sich Donnerstag im südlichen Teil der Stadt drei Explosionen, durch die mehrere Häuser zerstört wurden. Drei Personen wurden getötet, zwei schwer verletzt. Die Ursache der Explosionen wird geheim gehalten.

Das Weltparlament in Paris

Von Paul Löbe.

Alljährlich im Spätsommer, wenn die Parlamente ihre Pforten geschlossen haben, tritt in einer Hauptstadt Europas oder Amerikas eine Art internationale Kammer, Vorläufer eines Weltparlaments der Zukunft, zusammen, und versucht bahnbrechend auf bestimmten Gebieten internationaler Gesetzgebung und interstaatlicher Vereinbarungen zu wirken.

Vor fast 40 Jahren von wohlmeinenden Kosmopoliten und Pazifisten liberaler und demokratischer Färbung gegründet, lange Zeit als Treffpunkt parlamentarischer Eingänger und Idealisten angesehen, schenkte die Oeffentlichkeit diesem Parlament wenig Interesse, und da seine Arbeiten mehr theoretischen Charakter trugen, legten die Beteiligten selbst nur wenig Gewicht auf politische und publizistische Wirkung ihrer Tagung, die mehr indirekte Einwirkung auf engere Kreise der Staatsmänner und Staatsrechtler zum Ziele hatte.

Der sozialistische Einschlag dieser Konferenz blieb zunächst gering. In wenigen Parlamenten war die Arbeiterpartei schon so erstarkt, um ihr Tätigkeitsfeld über ihren eigenen Kreis hinaus zu erstrecken. Auch gab die eigene sozialistische Organisation ihnen Gelegenheit zu internationalen Verbindungen. Immerhin gehörten die Genossen La Fontaine, Belgien, und van Kol, Holland, zu den Senioren der Konferenz. Aber erst, als die Jahre 1914—1918 gelehrt hatten, daß die eigene Kraft der Sozialisten nicht ausreichte, kriegerische Katastrophen zu verhindern, wurde der Drang zur Beeinflussung der übrigen internationalen Organisationen lebhafter. Es ist in aller Erinnerung, wie gerade unabhängige Sozialisten, zum Beispiel Hugo Haase und Ströbel, neben den eigenen internationalen Bemühungen Verbindungen mit Pazifisten aus anderen Lagern suchten, um den Krieg zu beenden und seine Wiederkehr zu verhindern.

In Paris konnten wir dieses Jahr auf der Interparlamentarischen Konferenz sozialistische Abgeordnete aus Frankreich, Belgien, England, Holland, Schweden, Dänemark, Norwegen, Finnland, Lettland, der Tschechoslowakei, der Schweiz, Griechenland begrüßen, und auch der Kommunismus hatte in dem Inder Saklatvala, Abgeordneten des englischen Unterhauses, den ersten Vertreter entsandt, dem noch vor zwei Jahren in Amerika die Einreise aus Angst vor der bolschewistischen Gefahr verwehrt worden war.

Ausbleiben mußten diesmal wegen der faschistischen Herrschaft im eigenen Land die Sozialisten Italiens, Ungarns und Bulgariens, und auch die sozialistischen Abgeordneten aus dem Polen Pilsudskis fehlten auf der Konferenz. Aus Belgien waren seit Kriegsende immer nur die Sozialisten erschienen, alle übrigen Abgeordneten weigerten sich, mit den deutschen „Neutralitätsbrechern" gemeinsam zu verhandeln. In Paris waren sie zum ersten Male wieder erschienen; es ist dort gelungen, auch über den letzten Abgrund der Kriegszeit eine Brücke zu schlagen.

Inzwischen ist aber nicht nur in der Zusammensetzung der Union, die sich heute auch auf Nord- und Südamerika, Aegypten, Japan und bis zu den Philippinen erstreckt, eine entscheidende Aenderung eingetreten, sondern auch in ihrer Stellung zu den politischen Problemen des Tages. Zwar hat das Weltparlament heute so wenig als früher irgend eine gesetzgebende oder exekutive Gewalt; es ist und bleibt wohl noch für lange Zeit eine beratende Körperschaft. Aber diese Beratung beschränkt sich seit ihrem Wiederaufleben nach dem Kriege nicht mehr auf allgemeine oder fernliegende staatsrechtliche Probleme; die gewollte, sogar in den Statuten festgelegte Enthaltsamkeit gegenüber Gegenwartsproblemen ließ sich praktisch nicht länger aufrechterhalten.

Die Interparlamentarische Union ist in einer inneren Wandlung begriffen. Die Zunahme internationaler Beziehungen und Probleme in der Zeit des Völkerbundes zwingt ihr eine andere Stellung auf, und so ist aus der Schar mutiger Idealisten von einst unversehens eine Versammlung namhafter Parlamentarier vieler Länder geworden, die mit den wichtigsten politischen Fragen der Gegenwart ringen: eine Versammlung der Volksvertreter gegenüber dem Bund der Regierungen, den der Völkerbund darstellt. In diesem Kongreß der Volksvertreter spiegeln sich heute schon nicht mehr ausschließlich die Meinungen der „international Ge-

kunten“ wider; nein, der unabweisbare Zug unserer Zeit hat auch die Nationalisten auf diese Konferenz getrieben. Deutschnationale von diesseits des Rheins und Poincaristen von drüben sitzen zum ersten Male auf den gleichen Bänken.

Man muß diese Vorgeschichte kennen, um zu verstehen, wie plötzlich die Pariser Tagung der Interparlamentarischen Union für eine Woche lang in den Mittelpunkt des politischen Interesses trat und die Presse und die Oeffentlichkeit so stark beschäftigen konnte. Es saßen — wie gesagt — nicht nur die Friedensfreunde aus alter Ueberzeugung zusammen, sondern auch die Kriegsanhänger von gestern. Das gab dem Kongreß seine besonderen Schwierigkeiten, aber auch seine besondere Note.

Nicht nur der Umstand, daß alle Kreise der französischen Regierung dem Kongreß ihre Reverenz erwiesen (das ist schon früher in anderen Ländern, auch in Deutschland durch Reichskanzler von Bülow, geschehen), sondern die Tatsache, daß sie auch aktiv in die Auseinandersetzungen mit eingriffen, hoben die Verhandlungen zu ihrer aktuellen Bedeutung empor. Daß Herr de Jouvenel meine am ersten Tage erfolgte Erwähnung der Rheinlandräumung zu einem nationalistischen Exkurs benutzte, führte mit einem Schlage zur öffentlichen Aussprache über Fragen, die bisher von den Staatsmännern lieber im abgeschlossenen Kämmerlein verhandelt worden waren. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß es für die Bildung einer objektiven öffentlichen Meinung von hohem Nutzen ist, wenn das Für und Wider solcher Streitfragen offen erörtert wird. Von gleicher Nützlichkeit erwies sich der Vorstoß des deutschen Abgeordneten Sollmann über die Fruchtlosigkeit der bisherigen Abrüstungsverhandlungen.

Eine der Aufgaben der einzelstaatlichen Parlamente wurde damit ins Große übertragen: wenn Hemmungen und Widerstände innerhalb der Regierungsunterhändler den notwendigen Fortschritt aufhalten, muß der Druck der Volksvertreter das festgefahrene Schiff wieder flott machen, und diese Bemühungen waren es, welche der parlamentarischen Konferenz ihre Bedeutung gaben.

Es wäre falsch, die Stimmung Gesamtfrankreichs nur nach de Jouvenels Rede und dem Beifall in der Pariser nationalistischen Presse zu beurteilen, die drüben genau so völkerverhetzend ist, wie bei uns. Nein, die ganze Aufnahme und Behandlung der Deutschen durch alle Regierungsinstanzen, bis zum Präsidenten der Republik, aber auch durch die Bewohner von Paris, zeigt, daß das französische Volk, daß der Bürger, Bauer und Arbeiter drüben von derselben Friedenssehnsucht bewegt wird, als bei uns.

Die Widerstände, die drüben überwunden werden müssen, kommen von der gleichen Seite wie bei uns, von jenen Nationalisten, die in Berlin über die Reden der deutschen Delegierten herfielen, während ihre eigenen, in Paris anwesenden Parteifreunde uns Beifall zollten. Es gilt die Stimme des Volkes laut zu erheben, wenn ein Teil der Presse zu verfälschen sucht. Als Symbol der Versöhnung hat die deutsche Gruppe den Kongreß zum nächsten Jahre nach Berlin eingeladen, und es ist kein Zweifel: Berlin wird den Parlamentariern der ganzen Welt zeigen, daß es nicht weniger friedlichen Geistes ist, als wir ihn in Paris 1927 vorgefunden haben.

„Ostlocarno“

Die Aenderung der deutschen Ostgrenzen — das große deutsche weltpolitische Postulat.

Basel. Die „Baseler Nationalzeitung“ schreibt zu dem in Genf aufgetauchten Projekt eines Ostlocarno: Die Aenderung der deutschen Ostgrenzen auf friedlichem Wege ist das große deutsche weltpolitische Postulat, und der unbedingte deutsche Wille dazu ist etwas, was als europäische politische Grundtatsache hingenommen werden muß. Das Abhängigmachen der beschleunigten Rheinlandräumung von der deutschen Bereitwilligkeit zur Verewigung der gegenwärtigen Ostgrenzen ist eine Situation, wie sie komplizierter nicht auszudenken wäre. Die drangsalierte deutsche Minderheit und Irredenta in Litauen ist ein anderer Gefahrenherd des Ostens. Für die Verewigung auch dieses status quo durch ein Ostlocarno wird Deutschland wohl ebenfalls nicht zu haben sein.

Macdonald über die englische Politik

London. Ramsay Macdonald hielt Donnerstag auf dem englischen Gewerkschaftskongreß eine Rede, in der er die Regierung wegen des Gewerkschaftsgesetzes heftig kritisierte. Das Gesetz stelle eine Beschränkung des Streikrechtes dar. Die Forderung der Gegenseite nach unpolitischen Gewerkschaften sei ungerecht, wenn man berücksichtige, daß Arbeitgeber im Parlament säßen. Im vergangenen Jahre hätten die Arbeitgeber die Regierung in die Tasche gesteckt, die darauf jetzt eine Maßnahme durchsetzt, die die Freiheit der Arbeiter beschränke. Die Regierung wisse sehr wohl, daß sie bei den nächsten Wahlen unterliegen werde und beabsichtigt nun, die Verfassung zu ihren Gunsten zu ändern. Sie versuche damit, eine Art Hindenburglinie aufzubauen, auf die sie sich zurückziehen könne, wenn eine andere Regierung ans Ruder käme, die nicht mit den Ideen der Torries sympathisiere. Es sei zu erwarten, daß die Regierung diese Absicht innerhalb der nächsten 12 Monate in die Tat umzusetzen versuchen werde. Die englischen Arbeiter werden sich jedoch eine Verstümmelung der britischen Verfassung nicht gefallen lassen. Macdonald kam im weiteren Verlauf seiner Rede auf die Außenpolitik zu sprechen und erklärte, die Arbeiterbewegung werde nur dann erfolgreich sein, wenn der internationale Friede hergestellt sei. Das Hauptbestreben der Arbeiterbewegung müsse darauf gerichtet sein, dem Völkerbund große moralische und politische Autorität zu geben. In Europa stelle man heute die alte Methode der Geheimdiplomatie wieder her, durch die die Rechte der kleineren Nationen mit Füßen getreten werden. Der Redner wies auf die fruchtlose Erörterung der Abrüstungsfrage hin und stellte fest, daß sich seit dem Abgang der Arbeiterregierung niemand mit dem Hauptproblem des internationalen Friedens, nämlich der Frage der internationalen Sicherheit, beschäftigt habe.

Scharfe holländische Pressestimmen gegen England

Amsterdam. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ wendet sich heute energisch gegen die englische Meinung, daß Holland vor der Einbringung seines Antrages in Genf die Mitglieder des Völkerbundes von seinen Absichten hätte unterrichten sollen. Ein solches Verlangen sei eine unpassende Anmaßung und würde eine Degradierung der unabhängigen Politik Hollands bedeuten. Anders stände es dagegen mit Polen, das einen gewissen Gruppe angehöre und sich dieser fügen müsse. Polen werde England von seinem Vorhaben in Kenntnis gesetzt haben und mußte sich große Abänderungen des Vorschlages gefallen lassen. Mit Befriedigung vermerkt das Blatt, daß man das mutige Auftreten des holländischen Außenministers auch in Deutschland anerkenne, obwohl sein Antrag Polen günstig sei. Der Berliner Korrespondent desselben Blattes sagt, der schlechte Eindruck, den der holländische Antrag im allgemeinen in Deutschland gemacht habe, sei hauptsächlich auf den ungünstig gewählten Augenblick, gleichzeitig mit dem polnischen Vorstoß, zurückzuführen. Die Auffassung, daß der holländische Schritt mit Polen und Frankreich in Einklang zu bringen sei, könne in holländischen Kreisen kaum ernst genommen werden.

Deutschlands Wahl in die Mandats-Kommission

Genf. Der Völkerbundsrat trat Donnerstag um ½4 Uhr zu einer Sitzung zusammen, in der er den Bericht des holländischen Außenministers über die Tätigkeit der ständigen Mandatskommission entgegennahm. Der Rat nahm ohne Debatte den Antrag der Mandatskommission an, die Zahl der ständigen Mitglieder der Kommission durch die Wahl eines deutschen Mitgliedes von 9 auf 10 zu erhöhen. In einer späteren geheimen Sitzung wird der Völkerbundsrat entsprechend seinem Beschluß auf der Junitagung die Wahl des neuen deutschen Mitgliedes der Mandatskommission vornehmen.

Die Tschechen gegen das deutsche Schulwesen

Prag. Zu Beginn des neuen Schuljahres ist die deutsche Volksschule in Vierhöfen, im Schulbezirk Hohenstadt, vom mährischen Landesschulrat gesperrt worden, ohne Rücksicht darauf, daß in der Schule 43 Kinder Unterricht erhalten und oft für drei tschechische Kinder eine eigene Schule errichtet wird. Der Schulleiter von Vierhöfen wurde in die Nachbargemeinde versetzt. Die Eltern der Kinder weigern sich, ihre Kinder in die Schule des Nachbarortes zu schicken.

Moskau zum Abbruch der englisch-russischen Gewerkschaftsbeziehungen

Riga. Nach Meldungen aus Moskau wird in dortigen gewerkschaftlichen Kreisen der von dem englischen Gewerkschaftskongreß am Donnerstag mit großer Mehrheit beschlossene Bruch mit den sowjetrussischen Gewerkschaften als dem Abbruch der englisch-russischen Beziehungen gleichgestellt. Jetzt soll eine Erklärung des Zentralrates der sowjetrussischen Gewerkschaften veröffentlicht werden, der gestern zu einer Konferenz zusammengetreten ist

Am 29. Oktober Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie

Die österreichische Sozialdemokratie hat ihren diesjährigen ordentlichen Parteitag zum 29. Oktober und den folgenden Tagen nach Wien einberufen.

Drohender Streik der Berliner Straßenbahner

Berlin. Wie die Morgenblätter berichten, wurde in der für gestern Abend einberufenen Versammlung der Angestellten und Arbeiter der Berliner Straßenbahn der Schiedsspruch über die Manteltarif- und Arbeitszeitbestimmungen abgelehnt. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt, daß die Straßenbahner den Kampf mit allen gewerkschaftlichen Mitteln führen würden. Der Vorsitzende des Betriebsrates der Hochbahner erklärte, daß die Hochbahner im Falle eines Streikes der Straßenbahner volle Solidarität üben würden.

Haussuchung bei einem ungarischen Politiker

Prag. Bei einer polizeilichen Haussuchung in den Räumen der ungarischen christlichsozialen Partei in Rims-Szombat wurden 19 angeblich staatsfeindliche Briefe des Parteipräsidenten, Abgeordneten Szüllo beschlagnahmt. Szüllo hatte vor kurzem in Genf an einer Konferenz der Minderheiten teilgenommen, und mit einem rumänischen Politiker einen Zusammenstoß gehabt. Die Haussuchung wird hiermit in Zusammenhang gebracht.

Russische Aufträge für die Danziger Werftindustrie

Danzig. Die Reise, die Anfang Juli eine Danziger Wirtschaftsdelegation nach Rußland mit dem Ziele unternommen hatte, die wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland aufzubauen, beginnt jetzt Früchte zu tragen. Die Verhandlungen, die nach der Rückkehr der Delegation zwischen dem Senat und russischen Generalkonsulat in Danzig geführt worden sind, haben das Ergebnis gehabt, daß Rußland bei der Neuaufstellung des Wirtschaftsplanes für das Geschäftsjahr 1. Oktober 1927 bis 30. September 1928 Danzig besonders berücksichtigt hat. Zunächst hat Rußland eine Million Rubel für Aufträge an die Danziger Werftindustrie zur Verfügung gestellt. Der Senat hat sich bereit erklärt, den Danziger Werften das Hereinbringen der russischen Aufträge dadurch zu erleichtern, daß je nach der Beschäftigungsdauer und je nach der Zahl der einzustellenden Arbeiter Mittel aus der Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung gestellt werden sollen. Die russische Regierung hat sich weiter bereit erklärt, in größerem Umfang als bisher ihren Export über Danzig zu leiten, vorausgesetzt, daß die Eisenbahntariffrage in einem für Danzig günstigen Sinne geregelt wird. Darüber wird mit Polen noch verhandelt.

Die Bande des Schreckens

The Terrible People

von Edgar Wallace

42)

Arnold Long hatte herausgefunden, daß es Raffyss Hauptbeschäftigung war, den Banden als Wagenführer zu dienen, die im Lande herumreisen, vor einem Juwelierladen halten, dort das Schaufenster einschlagen, sämtliche in der Nähe befindlichen Sachen ergreifen und dann im Blauen verschwinden.

In dieser Zeit hatten sie Colville Gardens erreicht. Der Wetter hielt den Wagen an und sprang heraus. Er warf nur einen kurzen Blick auf das Gesicht der Magd, die ihm die Tür öffnete, und sein Herz zitterte.

25.

„Nein, Sir, Miß Sanders ist seit einer Stunde verschwunden. Ich habe sie nicht fortgehen sehen — da steht noch ihr Koffer.“

Der Wetter wandte sich an Rouch. Dieser gab dem Manne ein Zeichen, der auf der anderen Seite der Straße ihre Ankunft beobachtet hatte. Auch der Mann behauptete nachdrücklich, daß niemand das Haus verlassen hätte.

„Ich bin seit ein und einer halben Stunde hier gewesen und kann beschwören, daß weder der Mann noch Miß Sanders das Haus verlassen haben“, versicherte er.

Der Wetter wandte sich abermals dem Mädchen zu und erfuhr, was sie wußte.

„Als ich mit dem Koffer herunterkam, war Miß Sanders schon fort“, erklärte sie. „Ich habe allerdings nicht gehört, daß die Tür geschlossen wurde.“

Der Wetter trat in den Salon. Das Silbertablett stand noch so da, wie es das Mädchen verlassen hatte. Er hob die halbleere Tasse hoch und roch daran.

„Riechen Sie mal, Rouch!“

„Der Wachtmeister tat, wie ihm geheißen wurde.

„Das ist das richtige Betäubungsmittel!“ sagte er.

Der Wetter trat auf die Diele.

„Gibt es noch einen anderen Ausgang aus dem Hause?“ fragte er das erschrockene Mädchen.

„Aus Miß Revelstokes Arbeitszimmer führt eine Tür nach der Garage“, antwortete sie und zeigte den Weg dahin. Die Tür stand offen. Sie stiegen zur Garage hinab, deren großes Tor ebenfalls geöffnet war. Der Wetter nahm eine Taschenlampe zur Hand und untersuchte das Gebäude. Hier fand er keinen Anhaltspunkt. Er schloß die Tür und ging der Ausfahrt zu.

Dort hatte er mehr Glück. Die Frau eines Chauffeurs, die zwei Zimmer über der Garage in der Ausfahrt bewohnte, hatte gesehen, wie der Wagen herausgefahren wurde, wie der Mann abstieg und das Tor schloß. Sie sagte, es wäre ein sehr alter Daimler gewesen, denn als Chauffeursfrau wußte sie über Wagenmarken Bescheid.

Der Detektiv, der das Haus beobachtet hatte, und der sich jetzt bei ihnen befand, erinnerte sich, daß ein alter Daimlerwagen eine Viertelstunde, nachdem der Mann das Haus betrat, am Hause vorüberfuhr.

„Die Vorhänge waren zugezogen. Ich dachte, es sei der Wagen eines Reisenden“, sagte er.

Weiter sah er, wie der Wagen Elgin Crescent entlang fuhr und dann außer Sicht kam. Wie der Wetter später erfuhr, hatte ein Schutzmann, der in Ladbroke Grove Dienst tat, den Wagen ebenfalls gesehen. Er sei in westlicher Richtung gefahren, berichtete er. Er hatte bemerkt, daß die Rückennummer beschädigt war, und wollte den Wagen zum Halten bringen, um den Führer darauf aufmerksam zu machen.

Nur eine Hoffnung verblieb. In der Woche vorher herrschte eine wahre Epidemie von Automobildiebstählen, und sämtliche Beamten waren angewiesen worden, alle Hauptstraßen genau zu beobachten, um einen Rolls-Royce zu entdecken, der aus dem heiligen Hofe des Parlamentshauses gestohlen wurde. Der Wetter wußte, daß er die Beobachter am Londoner Ende der Great West Road finden würde, und glücklicherweise erreichte er diesen Punkt der großen Hauptverkehrsstraße gerade, als der zweite Polizeibeamte abtreten wollte.

„Ja, ich erinnere mich des alten Daimler,“ sagte dieser, „er hatte blaue Vorhänge, die heruntergelassen waren.“

Auch er nahm an, daß es sich um den Wagen eines Reisenden handelte.

Der Wetter fuhr mit seinem Auto die breite Landstraße entlang und hielt bei jedem Polizeiposten an, um seine Nachforschungen fortzusetzen. Auf der Landstraße nach Bath kam er wieder auf die Fährte. Ein Motorradfahrer hatte den Wagen bemerkt.

„Das Auto fuhr die Staines-Verlängerung entlang“, erklärte er. „Sie müssen es erkennen, denn der Wagen hatte eine beschädigte Rückennummer. Der diensthabende Beamte fragte mich, ob ich ihn gesehen hätte.“

Halbwegs zwischen den Straßen nach Staines und Bath war der Wagen wieder beobachtet worden, doch als sie das Ende der neuen Straße und die Arbeitsstelle auf der Hounslow Road erreichten, ging die Fährte wieder verloren.

Der Motorradfahrer und der Polizeibeamte, die hier zu jener Zeit Posten standen, behaupteten, daß kein derartiger Wagen vorbeigefahren wäre. Sie hatten auch allen Grund, so sicher zu sein. Der Polizeibeamte, der auf der Straße weiter oben den Dienst verrichtete, hatte telephoniert, daß man den Wagen wegen der beschädigten Rückennummer anhalten sollte.

Der Polizeiwagen fuhr den Weg zurück. Zwei Seitenstraßen kamen in Frage, in die der Wagen eingebogen sein konnte. Auch standen einige neuerbaute Häuser da, eine Gruppe von sechs Häusern und ein alleinstehendes, anscheinend unbewohntes Haus. Long fuhr erst zu der bewohnten Gruppe und stellte Nachforschungen an, die jedoch kein zufriedenstellendes Ergebnis zeitigten. Dann begab er sich zu dem alleinstehenden Hause hinüber.

Eine Untersuchung dieses Ortes vorzunehmen schien überflüssig, da erblickte er eine Privatstraße und, wie er glaubte, eine Garage. Er öffnete die Tür.

Die Erbauer hatten ihr Werk noch nicht vollendet. Ein Haufen Kies lag an dem noch unfertigen Einfahrtsweg. Dann gewahrte Long in der weichen Erde frische Wagenspuren, die er bis an die Rückseite des Hauses verfolgte. Sein Herz schlug heftig, als er beim Schein seiner Taschenlampe einen staubbedeckten Wagen erblickte: den alten Daimler!

Er schaute in den Wagen, der leer war, und dessen Motor sich kalt anfühlte. Die Haustür war verschlossen, und die Fenster waren verriegelt.

Die beiden Detektive leuchteten mit ihren Lampen in das unordentlich aussehende Zimmer, aber sie konnten kein Lebenszeichen entdecken. Ohne lange zu zögern, zog der Wetter seinen Browning und zerschlug die Fensterscheibe. Im nächsten Augenblick öffnete er den Riegel und schob das Fenster hoch. Das Zimmer war leer, aber erst vor kurzem war jemand dagewesen. Auf dem Boden lag ein mit Brotschnitten halbgefülltes Paket; das Brot war noch ganz frisch.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Eine Stunde auf dem Arbeitslosenamt!

Da stehen sie, die Gestalten, die zum Leben und zum Sterben zu wenig haben. Die vom Schicksal verurteilt wurden, ein Scheindasein zu führen, dessen Qualen man nur begreifen kann, wenn man sie am eigenen Körper erfährt. Gewiß, es gibt auch solche darunter, die immer noch ein bißchen Humor gerettet haben, an dem sie zehren, und um welches sie beneidet werden. Aber das sind nur Wenige. Der weitaus größte Teil steht stumpf und teilnahmslos, wartet, läßt sich stoßen, schieben, anschnauzen und wartet, wartet...... Hier in der Ecke, an die Säule gelehnt, steht einer, dem der Hunger aus den Augen herausschreit. Ein Mann, vielleicht vierzig Jahr, und doch schon müde und gebückt wie ein Greis. Ganz im Finstern steht er, damit man seine Not nicht sieht. Ein anderer wieder, in einem abgeschabten Cutaway, wartet geduldig. Sein Blick drückt eine derartige Hoffnungslosigkeit aus, daß sich einem das Herz zusammenkrampft. Apathisch starrt er auf einen Fleck. Es ist ein abgebauter Eisenbahner. Abgebaut deswegen, weil er die polnische Sprache nicht genügend beherrschte. Er denkt wohl gerade darüber nach, was ihm das Leben wohl noch zu bieten hat und ob es überhaupt lohnt..... Ja, es hat eben nicht jeder Mensch ein Kämpferherz! Und es ist auch wirklich nicht leicht, allen Widerwärtigkeiten, denen so ein Nichtverdiener ausgesetzt ist, zu trotzen!

Und wer will all diesen Tausenden, die hier ein- und ausgehen, die Berechtigung zum Leben absprechen? Ist es nicht eine sonderbare Weltordnung, in welcher der eine nicht das Notwendigste sein eigen nennt, und der andere vor Uebermut nicht weiß, was er fressen und wie er recht schnell mager werden soll? Man braucht gar kein überschwänglicher Philantrop zu sein, um einzusehen, daß diese Wesen, die sich hier von so manchem „Urzendnik“ anrüffeln lassen müssen, ein anderes Los verdient haben. Es ist doch ein schönes Wort von der „Verteilung der Güter!“ Diese armen Teufel verlangen ja gar keine Güter! Nur Arbeit wollen sie! So wie sie es gewöhnt sind von früher her!... Ja, früher......

Vom Wirtschaftsfond

Aus dem Schlesischen Wirtschaftsfonds werden auf besonderen Antrag an Privatpersonen, vorwiegend an die kleineren Hausbesitzer für die Vornahme von Hausreparaturen und kleinen baulichen Veränderungen, sowie zwecks Abzahlung der Hypothekenschulden Kredite bis zu 2000 Zl. seitens der Wojewodschaft gewährt. Diesen Anträgen jedoch, welche bei der Bank Gospodarstwo Krajowego einzureichen sind, müssen wichtige Unterlagen und zwar eine beglaubigte Abschrift aus dem Grundbuch, ein Auszug aus dem Grundsteuer-Register, ferner eine Feuerversicherungs-Police über die, für das betreffende Hausgrundstück abgeschlossene Versicherung, beigefügt werden. Sofern der Kredit für die Vornahme baulicher Veränderungen gewährt werden soll, müssen überdies drei durch die Gemeinde bestätigte Skizzen beigebracht werden, aus welchen ersichtlich sein muß, daß die Arbeiten einem befähigten Baumeister übertragen werden. Je nach der vorliegenden Sachlage sind auch als Unterlagen die Hypothekenbriefe beizulegen.

Die Kreditbeschaffung unter den obengenannten Voraussetzungen gestaltet sich für die Antragsteller ungemein schwierig und ist außer einem empfindlichen Zeitverlust mit großen Unkosten verbunden. Für die beglaubigten Dokumente werden erhebliche hohe Gebühren erhoben, so daß die Ausgaben in der Regel 400—500 Zloty betragen, welche in keinem Verhältnis zu der minimalen Höhe des zu gewährenden Kredites stehen. Aus diesen Gründen sehen sich die Hausbesitzer veranlaßt, bei der Wojewodschaft zwecks Schaffung von Erleichterungen bei der Erlangung der Kredite zu intervenieren. Es wird erwünscht, daß die notwendigen Ermittelungen von den Beamten der Bank Gospodarstwo direkt eingezogen werden, oder aber behördlicherseits veranlaßt wird, daß die Gebühren für die geforderten Abschriften der Dokumente usw. entsprechend ermäßigt werden.

Die Armen verlangen den Tariflohn

Der Myslowitzer Magistrat geht schlimmer mit den Arbeitern um als ein privatkapitalistischer Unternehmer. Der letztere arbeitet wenigstens nach einem Plane und zahlt den Tariflohn, weil er ihn zahlen muß. Der Myslowitzer Magistrat pfeift auf alle diese Sachen. Er stellt heute die Arbeiter an und schmeißt sie morgen wieder auf das Pflaster. Nachdem am Donnerstag mehr als 40 Arbeitslose, die bei der Abtragung der Halde in Städtisch-Janow beschäftigt waren, entlassen wurden, haben alle zurückgebliebenen Arbeiter ein „Erinnerungsschreiben“, das sie mit ihren Unterschriften versehen haben, an den Magistrat gerichtet, in welchem sie den Tariflohn verlangen. Der Tariflohn beträgt 75 Groschen die Stunde, was 6 Zloty bei einem achtstündigen Arbeitstag ausmacht. Der Magistrat zahlt bekanntlich den erwachsenen Arbeitslosen nur 4 Zloty für den Arbeitstag oder um 2 Zloty weniger. Von einer öffentlichen Institution, wie der Magistrat, könnte man mit vollem Recht die Einhaltung der Tariflöhne verlangen. Oder will der Magistrat die Situation ausnützen und gerade bei den Allerärmsten Ersparnisse erzielen? Nachdem dieser Ressort vom Herrn „Radza“ Caspari bearbeitet wird, wollen wir hoffen, daß diese paar Zeilen genügen, daß auch hier normale Zustände bald Platz greifen, widrigenfalls wir die Sache beim richtigen Namen nennen werden.

Aufwertung polnischer Staatsanleihen aus dem Jahre 1920

Die polnische Regierung teilt mit, daß mit Rücksicht auf die zwischen Deutschland und Polen bevorstehenden Aufwertungsverhandlungen die Erledigung der Anträge deutscher Reichsangehöriger auf Aufwertung, beziehungsweise Konvertierung von Obligationen der 5prozentigen polnischen kurz- und langfristigen Goldanleihen aus dem Jahre 1920 bis zum Abschluß dieser Verhandlungen zurückgestellt werden müßte.

Deutsche Schulfragen im Kattowitzer Stadtparlament

Eigenartige Methoden. — Mädchenlyzeum und Mittelschule. — Skandalszenen. — Die polnischen Fraktionen verlassen den Saal.

Nichts verriet gestern, als das Kattowitzer Stadtparlament nach den Ferien wieder zusammentrat, daß die Sitzung abgebrochen wurde, und zwar infolge einer unverständlichen Obstruktion seitens des polnischen Blockes, die jedem vernünftigen Menschen nur ein Kopfschütteln hervorzubringen vermag. Zwar enthielt die Tagesordnung, die nicht weniger als 24 Punkte enthielt, manches, von dem man voraussagen konnte, es werde nicht ganz so glatt verlaufen, aber einen solchen Verlauf, wie ihn die gestrige Sitzung zeitigte, erwartete man wohl kaum. Schon als einige Magistratsvorlagen die Bewilligung größerer Summen forderten, kamen die Gegensätze hervor. Hier zeigten sich die polnischen Fraktionen als Schützer des Magistrats, obwohl dieser recht eigenartig verfährt, wenn er seine Vorlagen einbringt. Die bestehenden Kommissionen, die doch auch über den Sachverhalt zu beraten haben, werden einfach übergangen und im Plenum selbst werden seitens irgendeines Magistratsvertreters einige Begründungen an den Haaren herbeigezogen, die natürlich nicht stichhaltig sind und einer Kritik nicht standhalten können. Mit Recht wandten sich die deutschen Fraktionen dagegen, was unbegreiflicherweise im polnischen Lager im allgemeinen mit Mißvergnügen wahrgenommen wurde. Und diese Mißstimmung wuchs, als eine Magistratsvorlage zur Sprache gebracht wurde hinsichtlich des Mädchenlyzeums und ein Antrag der deutschen Wahlgemeinschaft wegen der Aufhebung der unteren Klassen der deutschen Mittelschule. Beides Fragen, die für die deutsche Minderheit von eminenter Bedeutung sind. Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß die beabsichtigte Umwandlung der ersten polnischen Lyzealklassen in Gymnasialklassen eine gewisse Verbesserung bedeutet, so ist es aber verständlich, wenn deutscherseits man dagegen sich wehrt, was die deutsche Klasse anbetrifft, da einerseits diese Angelegenheit dem Schulkuratorium zur Prüfung nicht vorlag, andererseits keine Garantien gegeben sind, ob der Umwandlung der ersten auch die anderen, was eigentlich selbstverständlich wäre, folgen werden. Hier wurde offenbar dem Magistrat ein Mißtrauen ausgesprochen, aber mit gewisser Berechtigung. Vielmehr jedoch als die Lyzealfrage, wurde die der Mittelschule umkämpft. Die drei unteren Klassen wurden mit Beginn des neuen Schuljahres nicht mehr eröffnet, allmählich sollte die Mittelschule abgebaut werden. Zwar sind wir keine Freunde solcher Institute, doch liegen in Kattowitz die Verhältnisse so, daß ein Fortbestehen eine zwingende Notwendigkeit darstellt, so daß mit vollem Recht deutscherseits die Forderung gestellt wurde, soviel Klassen zu eröffnen, als Anträge vorliegen. Hier dasselbe Spiel wie oben. Nichtige, belanglose Gegenbegründungen polnischerseits, endlose Debatten, die schließlich doch mit einer Niederlage des Magistrats und der polnischen Fraktionen endeten. Und hier bei diesen Auseinandersetzungen, zumal die deutsche Wahlgemeinschaft einen Antrag auf namentliche Abstimmung einbrachte, merkte man klar im polnischen Lager, wie dort der Wind blies. Einen Vorgeschmack davon gab schon vorher Herr Biniszkiewicz, als einer seiner Klubfreunde vom Abgeordneten Kustos sich eine drastische Kritik gefallen lassen mußte. Es war eine Freude, wie Pan Biniszkiewicz skandalierte, man glaubte, die Pulte würden bald herumfliegen! — In der Tat, ein vortreffliches Benehmen eines alten Parlamentariers. Die namentliche Abstimmung, deren Ergebnis von vornherein klar war, rief eine unbeschreibliche Erregung in der polnischen Einheitsfront hervor(!). Tumultartig eilte sie zur Saaltür hinaus, wütend protestierend. Und wenn dann schließlich Herr Piechullek namens seiner Gesinnungsfreunde feierlich erklärte, mit den Deutschen nicht mehr zusammen arbeiten zu können, das heißt, daß sie an den Sitzungen nicht mehr teilnehmen werden, so darf das nach dem Vorherigen nicht wundernehmen. Ihr sehnlichster Wunsch ist nun einmal die Auflösung des Stadtparlaments, dieses Stadtparlaments, in dem sie nicht schalten und walten können, wie sie möchten. Und noch deutlicher gibt diesem Wunsche die heutige „Zachodnia“ Ausdruck. Sie tobt förmlich, aber das tut sie öfters. Doch auch sie wird sich beruhigen und die polnische Einheitsfront ebenso, denn wenn die gestrige Sitzung einen so unerquicklichen Ausgang nahm, dann sind wahrlich nicht die Deutschen daran schuld. Vielleicht denkt man in polnischen Kreisen einmal gründlich darüber nach und vermeidet derartige Skandale, an denen wir ohnehin in der Wojewodschaft genug haben und die uns bestimmt nicht zum Ansehen gereichen.

* * *

Nachdem Stadtverordnetenvorsteher Jankowski mit dem Bekanntgeben von 6 eingelaufenen Dringlichkeitsanträgen die Sitzung eröffnet hatte, verpflichtete Stadtpräsident Gornik unter den üblichen Formalitäten den Stadtverordneten Rzytki, worauf in die eigentliche Tagesordnung eingetreten werden konnte, die mit der Wahl des Kaufmanns Paluga zum Vorsteher des dritten Bezirks begann. Die dem Plenum bereits schon mehrere Male vorgelegte neue Marktordnung fand nicht die Zustimmung der Wahlgemeinschaft. Ihr Redner, Herr Grünfeld, war der Ansicht, sie schädige die Kattowitzer Kaufmannschaft, und stellte den Antrag auf Zurückverweisung an die Marktkommission, während Stadtverordneter Biniszkiewicz die gegenteilige Meinung vertrat. Eine nochmalige Zurückverweisung bedeute hier eine Verschärfung zum Nachteil der Kleinhändler. Der Antrag der Wahlgemeinschaft wurde aber mit ihren Stimmen allein angenommen. — Dann folgte eine Magistratsvorlage um Bewilligung von 50 000 Zloty zum

Bau einer Obdachlosenbaracke,

zu der Stadtverordn. Biniszkiewicz referierte. Insgesamt betragen die Kosten 150 000 Zloty; dazu gewährt die Wojewodschaft eine Beihilfe von 100 000 Zloty, die Stadt 50 000 Zloty. Damit jedoch die Arbeiten schon jetzt in Angriff genommen werden können, sei die Bewilligung der 50 000 Zloty, welche die Stadt zu tragen hat, notwendig. Ohne Debatte wurde der Vorlage zugestimmt, ebenso der zweiten, auf Bewilligung von 30 000 Zloty zur Deckung der Kosten für die Entsendung von Kindern nach den Sommerkolonien. Eine weitere Vorlage auf Bewilligung von 1000 Zloty für ein Grabdenkmal des Jan Kasprowicz wurde gleichfalls angenommen.

Dagegen wurde der Nachbewilligung von 40 000 Zloty zum Ausbau des Südparkes schon mehr Interesse entgegengebracht, vor allem sang man Herrn Salmann wahre Loblieder. Natürlich stimmte man allgemein für die Nachbewilligung. Weniger freigebig war man jedoch bei der Vorlage, in der der Magistrat zur

Erhaltung der Straßen und der Kläranlage

120 000 Zloty forderte. Vor allem war es hier die Wahlgemeinschaft, die sich der Bewilligung entgegensetzte mit der Begründung, daß diese Magistratsvorlage erst der Finanzkommission hätte vorgelegt werden müssen, ehe sie vor das Plenum gelangte. Aber auch hier wurde nach langem Hin und Her, vornehmlich aber aus dem Grunde, damit keine Entlassungen von Arbeitskräften erfolgen, eine Einigung erzielt. Die 120 000 Zloty wurden bewilligt, aber der Magistrat mußte sich hier manche bittere Pille für seine rigorose Arbeitsmethode einstecken. Dann wurden die Kostenanschläge für die Pflasterung der ulica Juljusza Ligonia in Höhe von 54 750 Zloty bestätigt. Zu den Kosten werden die Anlieger, so weit es noch nicht erfolgte, herangezogen.

Im Bereiche der ul. Powstancow beabsichtigt das polnische Eisensyndikat ein modernes Verwaltungsgebäude zu errichten, dazu ist jedoch eine Aenderung der Fluchtlinie der ul. Lompy zwischen der ulica Ligonia und Powstancow notwendig, womit man einverstanden war. Der folgende Punkt, die Einziehung der ersten deutschen und polnischen Klasse des Mädchenlyzeums und ihre

Umwandlung in Gymnasialklassen

führte zu endlosen Auseinandersetzungen. Die Deutsche Wahlgemeinschaft verwahrte sich gegen diese Absicht, da sie in dieser Reformbestrebung eine Schädigung der deutschen Minderheit sieht. Dr. Poralla, ihr Sprecher, zitierte die Genfer Konvention und erklärte, ehe der Magistrat diese Vorlage dem Plenum vorlegte, hätte das Schulkuratorium gehört werden müssen und beantragte die Vorlage an das Kuratorium zu leiten. Polnischerseits war man jedoch für die Annahme, weshalb es hier zu einer merklichen Erregung kam, als auch Stadtv. Kustos sich gegen die Neuerung wandte und dem Referenten der Vorlage, Stadtv. Mackiewicz, vorwarf, er solle sich lieber mit Briefmarkenkleben beschäftigen, denn vom Schulwesen habe er keine Ahnung. Stadtv. Biniszkiewicz geriet über diese Aeußerung vollständig aus dem Häuschen und brüllte dauernd irgendetwas von Provokation, begleitet von einem wütenden Schlagen auf den Pultdeckel. Aber trotzdem sich auch der Stadtpräsident die größte Mühe gab, die Wahlgemeinschaft umzustimmen, wurde der Magistratsantrag abgelehnt und die Weiterleitung an das Schulkuratorium beschlossen, gegen die Stimmen der polnischen Parteien natürlich. — Zum Bau der Ausstellungshalle im Südpark wurden 50 000 Zloty bewilligt, die von der Wojewodschaft aufgenommen werden; man hofft jedoch, daß sie späterhin als Beihilfe seitens der Wojewodschaft angerechnet werden.

Ebenso wie die magistratlichen Reformbestrebungen im Lyceum auf Widerstand bei den [illegible]en Fraktionen stießen, so auch

die Nichteröffnung der ersten Klassen in der Deutschen Mittelschule.

Die Deutsche Wahlgemeinschaft stellte hier den Antrag, so viel Klassen einzurichten, als nach den Anmeldungen seitens der deutschen Eltern erforderlich sind. Andernfalls soll eine Kommission zur Untersuchung der vorliegenden Verhältnisse gebildet werden. Auch hier war der Sprecher Dr. Poralla, der sich auf die Genfer Konvention und das Privatschulengesetz berief. Die polnischen Fraktionen waren wieder dagegen, während Stadtverordn. Kustos wiederum sich gegen ihre Einwände stellte. Deutscherseits wurde jetzt ein Antrag auf namentliche Abstimmung über den ersten eingebracht, der auch mit 30 Stimmen angenommen wurde. Vorher verließ der polnische Block aus Protest den Saal unter starkem Tumult.

Nach einer kurzen Pause wurden seitens der deutschen Fraktionen nebst Kustos die Beratungen weiter fortgeführt. Gleich darauf erschien Stadtv. Piechullek, der im Namen des polnischen Blocks die Erklärung abgab, **daß man den deutschen Antrag als eine Provokation ansehe und in Zukunft die polnischen Parteien sich an keiner Sitzung mehr beteiligen werden und jede Arbeit mit den deutschen Fraktionen ablehnen.**

Deutscherseits ist die Sitzung dann auch bald abgebrochen worden.

Kattowitz und Umgebung

Betrifft die Mannschaften des Jahrganges 1909

Nach einer Bekanntmachung des Magistrats in Kattowitz (Abteilung Militärbüro), findet laut Artikel 20 der Bestimmungen über die allgemeine Wehrpflicht in Kattowitz in der Zeit vom 15. September bis einschließlich 15. Oktober d. Js. die Registrierung der Mannschaften des Jahrganges 1909 statt. Alle militärpflichtigen Personen des genannten Jahrganges, welche in Groß-Kattowitz wohnhaft sind bezw. ihren Aufenthalt haben, müssen sich im Militärbüro des Magistrats Kattowitz, welches sich im Rathaus Bogutschütz, 1. Stockwerk, Zimmer 19, befindet, an den nachstehenden Tagen mit Ausnahme des Sonnabends in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, am Sonnabend dagegen nur von 8 Uhr morgens bis 1 Uhr nachmittags, in nachfolgender alphabetischer Reihenfolge zwecks Registrierung und Entgegennahme des Ausweises einfinden.

Personen mit den Buchstaben A—B am Donnerstag, den 15. September; C—D am Freitag, den 16. September; E—F am Sonnabend, den 17. September; G am Montag, den 19. September; H—J am Dienstag, den 20. September; K—Kn am Mittwoch, den 21. September; Ko—Kz am Donnerstag, den 22. September; L—M am Freitag, den 23. September; N—O am Sonnabend, den 24. September; P am Montag, den 26. September; R am Dienstag, den 27. September; S am Mittwoch, den 28. September; T, U und W am Donnerstag, den 29. September; Z am Freitag, den 30. September d. Js.

Sämtliche Personalausweise (Legitimationskarte, Geburtsurkunde usw.) sind bei der Anmeldung vorzulegen.

Soweit die Meldepflichtigen aus wichtigen und entschuldbaren Gründen verhindert sind, an den angegebenen Terminen zur Registrierung zu erscheinen, muß der Meldepflicht in der Zeit vom 30. September bis 15. Oktober d. J. genügt werden.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß säumige Personen, welche zur Registrierung nicht erscheinen, auf Grund des Artikels 87 der Verordnung mit einer Geldstrafe von 500 Zloty bezw. sechs Wochen Gefängnis, oder mit beiden Strafen zugleich belegt werden können.

Der Volksliederabend des Vereins für volkstümliche Vorträge, dessen auserlesenes Programm jedem Freunde des Volksliedes viel Freude bringen wird, findet heute, Freitag, den 9. September, abends 8 Uhr, im Saale des Christlichen Hospiz in Kattowitz, Prinz-Heinrichstraße (ul. Jagiellonska) statt. Karten zu 2,00, 1,00 und 0,50 Zloty an der Abendkasse.

Ein Zollbeamter wegen Zollvergehen unter Anklage. Am 28. Mai 1925 schmuggelte der Zollbeamte Franz Grabic aus Rybnik mehrere 100 Stück deutsche Zigarren und Zigaretten, ferner eine Anzahl Krawatten, Medikamente, sowie 3 Stück Handtücher welche dieser auf seinen Leib gebunden, in den Hosenbeinkleidern und Taschen verbarg. Um jeglichen Verdacht zu vermeiden, löste G. von Hindenburg nach Chorzow und von da wiederum nach Siemianowitz eine Bahnkarte. Am Bahnhof in Siemianowitz nahte jedoch das Verhängnis. Einem dortselbst anwesenden Polizeibeamten fiel das sonderbare Benehmen des Fahrgastes auf, stellte denselben, wobei bei einer stattgefundenen Revision obige Sachen vorgefunden wurden. Der Zollbeamte sah sich überführt und versuchte den Schutzmann dadurch zu bestechen, indem er diesem ein Schweigegeld anbot, doch wurde von diesem kein Gebrauch gemacht. Der Schmuggler wurde verhaftet, wogegen die Ware beschlagnahmt wurde. Später erfolgte die Dienstentlassung des G. In dieser Angelegenheit wurde nunmehr am gestrigen Donnerstag vor der Kattowitzer Strafkammer verhandelt. Auf der Anklagebank stand der frühere Zollbeamte Franz Grabic, welcher abstritt, die beschlagnahmte Ware aus Deutschland direkt geschmuggelt zu haben, vielmehr will dieser die Rauchwaren usw. gelegentlich einer vorgenommenen Revision in einem Abteil vorgefunden haben. Das Gericht schenkte dem Aegeklagten keinen Glauben Nach der gerichtlichen Beweisaufnahme wurde G. für schuldig befunden und wegen Zollhinterziehung zu einem Geldbetrage in Höhe von 1325 Zloty bezw. 26 Tagen Gefängnis sowie wegen versuchter Beamtenbestechung zu drei Wochen Arrest bestraft. Die Konfiskation der Ware wurde aufrechterhalten.

Königshütte und Umgebung

Der Drachen steigt

Unweit von meinem Haus ist ein Wiesengrundstück: einer jener Großstadtzwitter aus Natur und Mietskaserne also, aus Waldesodem und Grundstücksbuch. Es ist jetzt abends immer großer Betrieb auf diesem Wiesengrundstück. Die Drachensaison hat begonnen. Es hat sich gegenüber früher, gegenüber meiner Kinderzeit, nicht viel geändert. Noch immer ist der Drachen, dieser vom Boden wegstrebende und sich ins Luftreich erhebende Bursche aus dünnem Holz und feinem Papier ein ausgesprochener Liebling der Jugend. Er gehört zu den Herbstmonaten. Er ist so etwas wie ihr Wahrzeichen.

Da sind immer ein paar kleinere Kinder auf dem Wiesengrundstück, aber die erleben keine rechte Freude an ihrem Spielzeug, das sie nur für einen Drachen halten. Sie haben diese Dinge wohl selbst verfertigt; denn sie weisen alle Anzeichen der Primitivität auf und eines davon ist gar aus gemeinem Zeitungspapier geklebt. Die Kinder stürmen über die Wiese dahin, die Rechte hoch erhoben, setzen alles daran, dem Drachen einen guten Start zu geben und hoffen, daß er zunächst einmal schwebe und dann sich erhebe und schließlich vom günstigen Wind hoch hinaufgetragen werde über Bäume und Dächer hinweg. Aber ihr elendes Gestell flattert im besten Falle während der Zeit des eilenden Laufes wie eine Fahne hinter ihnen her und sinkt dann vollends nieder, oder aber, es schleift von allem Anfang im Gras und denkt gar nicht daran, sich anders zu verhalten, als andre der Schwerkraft unterliegende Körper. Ein trübseliger Blick fällt auf das mißratene Papiergeschöpf, das der Höhensehnsucht seiner Kameraden so gar keine Ehre macht.

Dann sind ein paar größere Jungens, die nun schon bessere Erfolge aufzuweisen haben. Teils haben sie sich ihren Drachen gekauft, teils haben auch sie ihn selber fabriziert, aber mit größerem Talent und besseren Fähigkeiten als die kleinen Knirpse. Ihr Drachen steigt: oft zwar auch erst nach geduldigem Ausharren und mühseligen Reparaturen und auch dann nun nicht gerade bis in die Wolken hinein. Aber er steigt überhaupt: ein, zwei Etagen hoch und den Jungens schlägt dann das Herz höher und es fliegt ein kleiner Abglanz jener ewigen Ikarussehnsucht in ihr Auge.

Manchmal kommen auch zwei gewisse Jungen auf das Wiesengrundstück, die sehr fein angezogen sind und etwas hinter sich dreinschleppen, das schon gar kein Drachen mehr ist, sondern eher eine Drachenmaschine: ein herrlich großer, wunderschöner Drachen, der teuerste, den es im Warenhaus gegeben haben dürfte. Dieser Prachtdrachen bildet die Sensation des Wiesengrundstückes. Die andern Jungen und gar die ganz kleinen Kinder sperren die Mäuler auf, ob so viel Herrlichkeit, vergessen ihre eignen, elenden Gestelle und widmen sich ausschließlich dem Anblick dieses ausgewählten Drachenexemplares. Am liebsten würden sie sich den Jungen ja zugesellen und tätig teilnehmen an allen Vorbereitungen, die zu treffen sind, — — aber die Jungen sind gar zu akkurat gekleidet und würden das wohl nicht gern sehen, am Ende haben sie es gar von ihren Eltern verboten bekommen, sich mit jedermann einzulassen. Einmal ist es dann so weit, daß die Drachenmaschine sich erhebt. Mächtig, gewaltig fliegt sie hoch, reißt sie an der Schnur und die zwei Jungen haben alle Not, sie zu bändigen. Da schämen sich dann die andern Jungen und gar erst jene, deren Drachen durchaus nicht vom Gras fortkommen will, fast ein wenig und sie machen Gedanken darüber, warum denn wohl, wenn es schon einmal Herbst ist und die Winde wehen, nur die großen und schönen und bunten und teuren Drachen so hoch in die Lüfte fliegen.

Schneidermeisterprüfungen. Vor der Prüfungskommission, die unter dem Vorsitz des Stadtrats Grzes tagte, bestanden im Schneiderhandwerk die Meisterprüfung die Herren Kurt Weißenberg, Alois Pluta, Georg Zowada und Maximilian Rys, erstere aus Königshütte, letztere aus Scharley.

Die billigen Lebensmittel. Der Angestellte S. J. von der ul. Styczynskiego übergab einem Bekannten namens Stanislaw Hadrian den Betrag von 63 Zloty, für die er billige Lebensmittel einkaufen sollte. Hadrian zog es aber vor, sich nicht mehr sehen zu lassen. Die Anzeige wurde gegen ihn erstattet.

Ein guter Freund. Rudolf K. von der ul. 3-go Maja half einem seiner Bekannten beim Wohnungsumzug. Bei diesem Umzug muß es jedenfalls sehr nett zugegangen sein, denn zum Andenken an ihn eignete K. sich eine silberne Uhr an. Der Verlust wurde bald bemerkt und gegen K. die Anzeige erstattet. Der Umzug dürfte also noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Siemianowitz

Bekanntmachung. Die hiesige Gemeindeverwaltung gibt zur Kenntnis, daß die fällige Hundesteuer bis zum 15. d. Mts. zu entrichten sei. Erfolgt die Bezahlung bis zum festgesetzten Termin nicht, so wird bei der späteren Bezahlung ein Exekutionszuschlag von 2—5 Prozent in Abzug genommen.

Für die Ablaßgewerbetreibenden. Das Polizeikommissariat gibt bekannt, daß diejenigen Personen, welche während des Ablaßfestes am 18. September auf dem Ablaßmarkte geschäftieren wollen, sich bis zum 16. d. Mts. im Kommissariat, Zimmer Nr. 5, während der Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags melden müssen. Handelsbescheinigung und Stempelmarke (3 Zloty) sind mitzubringen.

Unglücksfall. Der bei der Firma Hein beschäftigte Klempnergeselle Zobel stürzte von einer 8 Meter hohen Leiter herab und erlitt dabei schwere Verletzungen. Der Verunglückte wurde ins Kloster nach Bogutschütz geschafft.

Wohnungsdiebstähle. Der große Unbekannte stattete der Wohnung des Max Kotyrba, Fitznerstraße 28, einen Besuch ab und verschwand unter Mitnahme von 68 Zloty. Das gleiche ist von der Julie Pytel, Wandastraße, zu berichten. In diesem Falle entwendete der Täter 20 Zloty. Wohnungseinbrüche scheinen in Siemianowitz ein chronisches Leiden geworden zu sein, denn keine zwei Tage vergehen, ohne daß ein solcher Diebstahl nicht zu verzeichnen wäre. Hoffentlich gelingt es der hiesigen Polizei, dieser Wohnungsspezialisten habhaft zu werden.

Registrierung des Jahrganges 1909 in Michalkowitz. Laut Militärgesetz haben sich alle männlichen Personen des Jahrganges 1909 in der Zeit vom 15. September bis zum 15. Oktober 1927 im Michalkowitzer Rathaus, Zimmer 5, während der Dienststunden von 8 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags zwecks Registrierung zu melden.

Myslowitz

Quer durch den Myslowitzer Wochenmarkt.

Wenn in Myslowitz Wochenmarkt ist, so merkt man es bereits auf dem Bahnhofe. Insbesondere die Züge von Oswiencim her bringen eine große Masse von Marktbesuchern. Sie sind alle derart überfüllt, daß die Passagiere halb ohnmächtig aus dem Zuge in Myslowitz aussteigen. Die Aufstellung der Markttische beginnt bereits in der Plesserstraße. Den Anfang machen die Butter- und Eierhändler. Noch vor einigen Jahren standen dort zwei oder drei Händler, heute sind es mehr als zwanzig. Sie kommen aus Modrzejow, Sosnowice, ja selbst aus Oswiencim und bieten hier ihre Ware feil. Die Preise sind bei allen dieselben. Sie verlangen 3 bis 3.60 Zloty für ein Pfund Butter und bieten den Käufern 5 bezw. 6 Stück Eier für 1 Zloty. Daran anschließend stehen auf der linken Seite die Myslowitzer Gärtner und Gemüsehändler und zur Rechten die Fleischer. Ausgelegt werden minderwertige Sorten Fleisch, die dann auch um etliche Groschen billiger sind. Neben den Myslowitzer Gemüsehändlern sitzen die Händler mit Backware und die Kolonialwarenhändler, die den Rest des Marktplatzes füllen. Die Ware, die sie feilbieten, ist nicht erstklassig, doch geht sie glatt von der Hand weg. Auf die Qualität der Ware wird weniger geachtet, die Hauptsache ist, daß sie um ein oder zwei Groschen das Pfund billiger ist. Auf dem Wochenmarkte werden die Kaufleute selbst die schlechteste und zum Teil schon ungenießbare Ware los und brauchen sie nicht einmal viel billiger anzubieten als im Laden. Neben den Kolonialwarenhändlern sitzen auf der rechten Seite die Pantoffel-, Leder- und Schuhhändler und neben ihnen stehen Vogelbauernjungs, bieten hier den Marktbesuchern Tauben an, die sie eingefangen haben. Sie halten die Vögel unter der Jacke verborgen und weichen den Polizeibeamten geschickt aus. In der neuen Marktstraße sind die Buden mit Galanteriewaren, Seifen und Schnittwaren. Neben ihnen stehen Händler mit Zwirn, Knöpfen, Schuhschnüren, Schuhpasta und dergleichen. Das sind die ärmsten Händler, die nicht alle das Gewerbepatent lösen können. Meistens sind es Arbeitslose, die das bischen Ware versteckt halten und dem Polizeibeamten lieber aus dem Wege gehen. Hinter den alten, baufälligen Buden, die man hier Häuser nennt, bis an die Parkstraße heran, stehen Wagen mit Kartoffeln. Auf jedem Wochenmarkte kann man neben einem Kartoffelwagen den Stadt-„Radza“ L. beobachten, wie er die Käufer zum Kartoffelkauf mit den Worten einladet: „Pojdzie Mutterki sam na te pienkne Kartofle.“ Für einen solchen „Radza“ ist dieser Beruf schon geeignet. Leider sind die „Pienkne Kartofli“ recht teuer und kosten 16 Pfund 1 Zloty, so viel, wie vor zwei Jahren gute Aepfel. Neben den Kartoffeln stehen Heringe, Käse, Korbwaren und daran anschließend stehen die Gemüsebauer in langen Reihen bis zu der Myslowitzer Grube. Hier ist der Lärm und das Gedränge am größten. Die abgehärmten Arbeiterfrauen drücken die paar Einkaufsgroschen fest in der Hand, damit sie ihnen nicht gestohlen werden. Hier wird nicht nur Geld, aber auch die Ware aus den Einkaufstaschen gestohlen. Man hört überall Klagen gegen diebische Hände, die in fremde Einkaufstaschen greifen und gewöhnlich die besten Waren aussuchen. Was der Gemüse- und Obstgarten bieten, kann man hier alles haben. Allerdings fehlen bessere Sorten Obst, die gewöhnlich in die Läden wandern. Aepfel, Birnen, Pflaumen, selbst Brombeeren sind zu haben, die aber nicht so billig sind, wie man zu sagen pflegt, da 1 Liter 60 Groschen kostet. Die Aepfel werden von 4—8 Pfund, die Birnen von 3—4 Pfund und die Pflaumen 2 und 4 Pfund für 1 Zloty angeboten. Gemüse, insbesondere Kraut, wurde bis jetzt noch nicht viel angefahren. Immerhin ist der Vorrat hinlänglich. Mit dem Krauteinlegen wird etwas später begonnen. Die Wochenmärkte bieten jetzt viel. Die ganze Stadt steht unter ihrem Einfluß. Was aber dem kaufenden Publikum geboten wird, ist wohl quantitativ zufriedenstellend, qualitativ handelt es sich durchweg um minderwertige Ware. Das kaufende Publikum sind meistens Arbeiter- und Beamtenfrauen, die den Groschen hin und herdrehen, bevor sie ihn ausgeben. Sie suchen auf dem Markte das Billige von dem Billigsten aus, weil der Verdienst des Mannes nicht erlaubt, bessere Warensorten zu kaufen.

Börsenkurse vom 9. 9. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich	=	8 95 zł
		frei	=	8.96 zł
Berlin	100 zł		=	46.87 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.		=	213.35 zł
	1 Dollar		=	8.95 zł
	100 zł		=	46.87 Rmk.

Organisierung der Arbeitslosen. In Myslowitz sind immer noch gegen 700 Arbeitslose. Vor drei Monaten waren hier mehr als 1000 registrierte Arbeitslose. Einzelne von diesen haben Arbeit bei der Zentralna Targowica, andere wieder bei dem Bau der neuen Arbeiterkolonie in Städtisch-Janow gefunden. Dadurch konnte die Zahl der Arbeitslosen bis auf 650 vermindert werden. Die Arbeitslosen laufen unorganisiert herum. Gewöhnlich heißt es, daß sie die Beiträge nicht bezahlen können. Tatsächlich ist die materielle Lage dieser armen Menschen in jeder Hinsicht mehr als kritisch. In der letzten Zeit wurden von Kattowitz aus Versuche unternommen, eine Organisation der Arbeitslosen in Myslowitz zu schaffen. Arbeitslosenversammlungen wurden einberufen, die aber sehr schlecht besucht waren. Die letzte Versammlung am vergangenen Sonntag, die die „Selbsthilfe“ einberufen hat, war von 30 Arbeitslosen besucht. Im ganzen haben sich der „Selbsthilfe“ nur 25 Arbeitslose angeschlossen, was mit Rücksicht auf die annähernd 700 Arbeitslosen in Myslowitz lächerlich wenig ist. Die allgemeine Apathie, die den Arbeitslosen beherrscht, ist also auch in Myslowitz zu Hause. An eine Besserung der wirtschaftlichen Lage ist vorläufig bei uns nicht zu denken, weshalb auch nicht daran gedacht werden kann, daß die vielen Arbeitslosen bei uns Arbeit bekommen werden. Das Klagen und Schimpfen dürfte nicht viel nützen. Mehr kann hier ein Zusammenschluß in den Arbeitergewerkschaften als die „Pieruna“ helfen. Wir machen also die Arbeitslosen auf die freien Arbeitergewerkschaften aufmerksam.

Der Myslowitzer Magistrat reduziert. In dem Myslowitzer Magistrat geht alles drunter und drüber. Das was heute felsenfest beschlossen wurde, wird morgen umgestoßen. In der vorigen und anfangs dieser Woche wurden alle Armen, die noch auf zwei Beinen stehen konnten und vom Magistrat Hilfe beanspruchten, zur Abtragung der Halde nach Städtisch-Janow geschickt. Eine Auswahl wurde nicht gemacht, sondern jeder, ob Mann oder Frau oder ein Kopfarbeiter — alle mußten nach Städtisch-Janow. Dort wurde jedem die Schippe in die Hand gegeben und er mußte volle 8 Stunden unter Aufsicht schaufeln. Grundsätzlich wäre dagegen nichts einzuwenden, obwohl die Verwendung von schwachen Frauen und Kopfarbeitern bei schweren physischen Arbeiten vermieden werden soll, insbesondere bei einer Unterernährung, unter welchen alle Arbeitslosen leiden. In der vorigen Woche am Freitag wurden die Abtragungsarbeiten auf der Halde mit 30 Arbeitern begonnen und am Montag dieser Woche waren bereits dort 80 Arbeiter beschäftigt. Am Donnerstag kam der Magistratsbote mit der Hiobspost auf die Halde und verkündete, daß von heute ab alle ledigen Armen reduziert sind und verlas die Namen der Betroffenen. Mehr als vierzig Arbeiter gelangten dadurch zur Entlassung, darunter solche, die vorhin bei den Notstandsarbeiten zwei Tage in der Woche beschäftigt waren. Was da den Magistratsgewaltigen plötzlich in den Kopf geschossen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Es berührt höchst sonderbar, daß man noch am Dienstag und Mittwoch nicht genug Arbeiter nach Städtisch-Janow hinausschicken konnte, um am Donnerstag die weit größere Hälfte der Leute nach Hause zu schicken. Die Aufregung unter den armen Menschen ist groß und vollkommen begreiflich. Das Herauswerfen der armen Menschen, als wenn das Steine wären, wird wohl dem „links“orientierten Magistrat nicht viel Ehre bringen

---

Rybnik und Umgebung

Tragödie eines Achtzehnjährigen. An einem Tanzvergnügen in Gorschütz beteiligte sich der 18jährige Wilhelm P. mit seiner jungen Freundin. Nach einiger Zeit verließen die beiden den Saal. Bald darauf fielen zwei Schüsse. Auf dem Hofe des Gasthauses fand man das junge Mädchen mit durchschossener Brust liegen. Neben ihr kämpfte der Mörder P., der sich einen schweren Herzschuß beigebracht hatte, mit dem Tode, der bald eintrat.

Bielitz und Umgebung

Ein bedauerliches Unglück. Am Dienstag, den 6. September ereignete sich in den Mittagsstunden im Schutzhause der „Naturfreunde“ auf der Blatnia ein Unglücksfall dessen Opfer der 6jährige Sohn Heini des Gastwirtes Steffek, der das Schutzhaus führt, wurde. Wir erfahren darüber folgende Einzelheiten: Der kleine Heinrich Steffek war gegen 1 Uhr mittags damit beschäftigt, ein kleines Brett mit seinem Handbeil zu zerspalten. Aber die Arbeit gelang ihm nicht. Da trat der in der Wirtschaft beschäftigte Kellnerlehrling Bannert hinzu und zeigte dem Jungen, wie er es anstellen müsse. Bannert ist ein junger Bursche, sonst brav und anstellig, und hat erst vor kurzer Zeit die Schule verlassen. Im Verlaufe der Versuche, das Brett zu zerspalten, holte Bannert schließlich das große Beil und wollte dem Kleinen zeigen, wie das Brett zu zerspalten wäre. Er holte auch zu einem kräftigen Hiebe aus und schlug unglücklicherweise dem Kinde die vier Finger der linken Hand glattweg ab. Auf das Geschrei des Kindes eilte die Mutter herbei und fiel beim Anblick des Kleinen in Ohnmacht. Auch der Vater stürzte hinzu und wurde von so rasender Wut erfaßt, daß er über den jungen Bannert herfiel und ihn wohl umgebracht hätte, wenn er nicht rechtzeitig geflohen wäre. Eine Krankenschwester, die zufällig im Schutzhause anwesend war, leistete dem unglücklichen Kinde die erste Hilfe, dann wurde es ins Tal heruntergeschafft, wo schon die Rettungsgesellschaft wartete und es ins Bielitzer Spital führte. Dort wurde das arme Kind von neuem verbunden. Zur Stunde weiß man noch nicht, ob man ihm nicht die ganze Hand wird abnehmen müssen. Ein äußerst trauriger Vorfall, der beweist, wie vorsichtig man mit Beil und Axt umgehen muß.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Die polnische Zollerhöhung und die polnische Handelsbilanz

Die „Schlesische Provinzkorrespondenz“ schreibt:

Man hat sich in den letzten Tagen in Deutschland außerordentlich über die Erhöhung der polnischen Maximalzölle um 100 Prozent entrüstet. Obwohl es richtig ist, daß sich diese Maßnahme unter den gegebenen Verhältnissen in erster Linie gegen Deutschland richten kann, besteht nicht der geringste Grund zu solcher Entrüstung, wie es auch falsch ist, zu sagen, daß die von den polnischen Industriellen geforderte, von der polnischen Regierung aber abgelehnte allgemeine Valorisierung der polnischen Einfuhrzölle (d. h. die Umwandlung der Papierzölle in Goldzölle bei gleichbleibenden Sätzen) für Deutschland weniger gefährlich sei. Die letztere Behauptung ist schon deshalb sinnlos, weil es sich bei dieser Valorisierung um eine dauernde, auf jeden Fall eintretende und allumfassende handelspolitische Maßnahmen handeln würde, die Deutschlands Ausfuhr nach Polen auf die Dauer und auf jeden Fall sehr beeinträchtigen müßte, während die jetzt vorgesehene Zollerhöhung nur eine Maßnahme ist, deren Inkrafttreten von Deutschland noch vermieden werden kann und die überdies nur für eine bestimmte Zeit ins Auge gefaßt ist. Es liegt durchaus bei uns selbst, ob und wann sie wieder aufgehoben wird.

Das wird sofort deutlich, sobald man sich den Sinn dieser polnischen Maßnahmen klarmacht. Es handelt sich hier zwar um eine Kampfmaßnahme Polens in den Zollkriegen, die Polen gegenwärtig führt, also auch um eine Kampfmaßnahme gegen Deutschland. Es handelt sich aber darüber hinaus zunächst nur um eine Drohung, da sie ja erst in Kraft tritt, wenn nach vier Monaten noch kein Handelsvertrag mit Deutschland zustandegekommen ist. Ob dieser zustande kommt, liegt aber zum Teil an Deutschland selbst. Denn es hat bisher nicht zuletzt an Deutschland gelegen, vor allem an dem deutschen Ernährungsministerium, das heißt aber an den deutschen Großagrariern, die die Einfuhr polnischer Agrarprodukte nach Deutschland auf jeden Fall verhindern wollten, wenn dieser Vertrag noch nicht zustandegekommen ist. Sodann aber handelt es sich um reine Abwehrmaßnahme Polens. Polen befindet sich ja an sich schon in dem Wirtschaftskrieg mit Deutschland in der Verteidigung. Darüber hinaus aber ist es eine Maßnahme, die lediglich gewissen früheren Kampfmaßnahmen Deutschlands entgegenwirken soll. Diese Erhöhung der Maximalzölle ist nämlich nichts weiter, als eine sehr späte Antwort auf die Zollerhöhung, die Deutschland schon zu Beginn des Jahres 1925 gegenüber Polen durchgeführt hat, indem es seit dem 10. Januar 1925 gegenüber Polen seine inzwischen wiederholt erhöhten Normalzölle an die Stelle der Vertragszölle gesetzt hat, die bis dahin gegenüber Polen galten. Polen hat 1½ Jahre lang auf diese, seine Ausfuhr doch sehr schwer treffenden Maßnahmen Deutschlands nicht geantwortet. Zwar hat es früher schon einmal eine ähnliche Verordnung, wie sie jetzt erlassen wurde, veröffentlicht. Diese Verordnung ist aber niemals in Kraft getreten, weil die zu ihrem Inkrafttreten notwendigen Ausführungsbestimmungen niemals erlassen worden sind. Polen hat das auch nicht nachgeholt, als Deutschland die vorhin erwähnten Kampfzölle gegenüber Polen durchführte. So stellt diese neue Verordnung im Grunde die wiederum nur bedingte Inkraftsetzung jener alten Verordnung dar.

Gewiß soll nun mit dieser Maßnahme ein Druck auf Deutschland ausgeübt werden, damit die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen, die sich nun schon über zwei Jahre hinziehen, endlich zu einem Abschluß gelangen. Aber kann man das bei der geschilderten Sachlage und der Widerspenstigkeit der deutschen Agrarier Polen so sehr verdenken? Muß man nicht vielmehr die Geduld bewundern, die Polen in dieser Beziehung gezeigt hat, die es mehr als 1½ Jahre lang mit einer selbstverständlichen Gegenmaßnahme hat warten lassen und die es auch jetzt noch veranlaßt, der Gegenmaßnahme keine sofortige Wirksamkeit zu geben, sondern Deutschland Gelegenheit zu bieten, ihre Durchführung zu vermeiden? Uns scheint die Entrüstung in Deutschland daher recht unangebracht.

Die Geduld der polnischen Regierung ist um so bemerkenswerter, als ein Blick auf die Entwicklung der polnischen Handelsbilanz während der ersten 7 Monate 1927 zeigt, wie dringend notwendig es für Polen ist, die Einfuhr nach Polen zu beschränken. Denn diese Entwicklung zeigt, daß Polen jetzt tatsächlich nicht länger mit dieser Gegenmaßnahme warten konnte, sollte es seine Wirtschaft nicht schwer gefährden. Während nämlich im Jahre 1926 die Handelsbilanz Polens mit 276,5 Millionen Gold-Zloty aktiv war, also die polnische Ausfuhr während dieser Zeit die Einfuhr um diesen Betrag überschritt, ist die polnische Handelsbilanz in den ersten 7 Monaten 1927 mit 133,775 Millionen Gold-Zloty passiv geworden, das heißt Polen hat während dieser Zeit um diesen Betrag mehr ein- als ausgeführt. Das stellt doch eine gewaltige Umwälzung im polnischen Außenhandel dar, der für die polnische Volkswirtschaft außerordentlich gefährlich werden kann.

Diese Zusammenhänge werden noch deutlicher, wenn man sich die bisherige Entwicklung der polnischen Handelsbilanz im Jahre 1927 noch näher ansieht. Da ist zunächst bemerkenswert, daß besonders im Außenhandel mit Brotgetreide ein gewaltiger Umschwung eingetreten ist. Während in den ersten 7 Monaten 1926 Polen nur 1873 Tonnen Brotgetreide im Werte von 356 000 Gold-Zloty eingeführt hat, führte es in der gleichen Zeit 1927 335 139 Tonnen im Werte von 97 Millionen Gold-Zloty ein. Das ist also eine Vermehrung der Brotgetreideeinfuhr gegenüber dem Vorjahre um das 200fache. Dementsprechend hat Polen dieses Brotgetreide in diesem Jahr auch viel teurer bezahlen müssen als im vorigen Jahr. Während es nämlich im Vorjahr für die eingeführte Tonne Brotgetreide im Durchschnitt 190 Gold-Zloty bezahlte, zahlte es in diesem Jahre für die eingeführte Tonne Brotgetreide 290 Gold-Zloty. Diese Tatsache, die auch sonst sehr bedeutungsvoll ist, läßt u. a. auch erkennen, daß die Befürchtungen der deutschen Großagrarier, daß bei einem Entgegenkommen Deutschlands inbezug auf die Getreidezölle Deutschland mit polnischem Getreide überschwemmt werden würde, außerordentlich übertrieben sein müssen. Es zeigt sich, daß Polen wenigstens zu gewissen Zeiten vielmehr einen großen Betrag Brotgetreide einführen muß. Weiterhin ist die Einfuhr Polens, besonders an Rohstoffen, außerordentlich gestiegen. Das gilt in gleicher Weise für Eisen- und Zinkerze (dies ist besonders bemerkenswert, weil Polen seit der Teilung Oberschlesiens selbst eines der hauptsächlichen Zinkproduktionsländer der Erde ist), wie für Textilrohstoffe (Baumwolle, Wolle usw.). Das zeigt, daß Polen offenbar ebenso wie Deutschland gegenwärtig eine Inlandshochkonjunktur hat. Damit dürfte sich zum Teil auch die vermehrte Getreideeinfuhr erklären; denn diese wird zum Teil eine Folge der vermehrten Kaufkraft der polnischen Bevölkerung sein, die wiederum eine Folge der verringerten Arbeitslosigkeit ist. Ueberhaupt deutet die ganze Gestaltung der Handelsbilanz im Jahre 1927 darauf hin. Denn die plötzliche Passivität der polnischen Handelsbilanz ist nicht etwa auf ein Sinken der polnischen Ausfuhr infolge des Wirtschaftskrieges mit Deutschland zurückzuführen. Die Ausfuhr ist vielmehr in dieser Zeit ebenfalls gestiegen, und zwar nicht unbeträchtlich, nämlich um fast 130 Millionen Gold-Zloty. Das Entstehen der Passivität der Handelsbilanz bietet also insgesamt ein Bild, das der Entwicklung der deutschen Handelsbilanz sehr ähnlich ist. Denn bei Ländern, die über wenig Rohstoffe verfügen und die ihren Nahrungsmittelbedarf nicht aus eigener Produktion decken können, muß in Zeiten einer inländischen Hochkonjunktur die Handelsbilanz passiv werden, zumal, wenn sich der Außenhandel gleichzeitig nicht entsprechend entwickeln kann. Endlich aber zeigt auch ein Blick auf die Entwicklung der polnischen Einfuhr an Fertigwaren, daß in Polen inländische Hochkonjunktur besteht. Die Einfuhr von Fertigwaren ist zwar auch etwas gestiegen, aber lange nicht so stark wie die der Rohstoffe. Das gilt z. B. von der Maschineneinfuhr, deren Steigerung hauptsächlich auf die Einfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen sich beschränkt. Die Einfuhr von Textilfertigwaren ist dagegen sogar zurückgegangen. Dies ist besonders charakteristisch, weil die wichtigste Fertigwarenindustrie Polens die Textilindustrie ist. Sie muß also gegenwärtig sehr gut beschäftigt sein nud diese gesteigerte Produktion muß außerdem in Polen selbst Absatz finden, da die Ausfuhr an fertigen Textilien sich fast gar nicht gehoben hat. Ueberhaupt hat sich trotz des zahlenmäßigen Gewinns, der vorhin erwähnt wurde, die Ausfuhr nicht besonders gut entwickelt. Denn ganz offensichtlich ist diese Steigerung der Ausfuhr zum Teil nur auf eine künstliche Ausfuhrförderung zurückzuführen. Das gilt zwar, wie neulich hier gezeigt worden ist, im großen und ganzen nicht von dem Kohlenexport, der sich recht gut entwickelt hat, für den aber eine künstliche Ausfuhrsteigerung durch Verschleuderung zu Verlustpreisen in größerem Umfange nicht nachgewiesen werden konnte. Es gilt dagegen in besonderem Maße von der Ausfuhr an Fabrikaten der Metallindustrie, und zwar kommen in erster Linie dabei Halbfabrikate in Frage. Die polnische Regierung gewährt nämlich der polnischen Metallindustrie in größerem Umfange Ausfuhrprämien, und zwar in der Form von Rückvergütungen der Einfuhrzölle für Rohstoffe und Hilfsmaterialien. Mit anderen Worten, sie gibt der polnischen Metallindustrie die Möglichkeit eines ausgedehnten Dumpings auf dem Gebiete der Metallwarenproduktion. Denn tatsächlich läuft die Gewährung dieser Ausfuhrprämien darauf hinaus. Da die Einfuhrzölle auf Metallrohstoffe an sich nicht aufgehoben sind und die Zölle den Fabrikanten nur für die ausgeführten Waren zurückvergütet werden, so müssen die Polen selber für die im eigenen Land hergestellten Metallerzeugnisse einen höheren Preis bezahlen als das Ausland. Können doch die polnischen Metallindustriellen im Ausland ihre Waren zu Preisen anbieten, die um den Betrag der Rohstoffzölle niedriger sind, als sie nach ihrer allgemeinen Kalkulation verlangen müssen, um rentabel zu bleiben.

Alles in allem läßt sich inbezug auf den deutsch-polnischen Wirtschaftskrieg sagen, daß Polen von ihm bisher nur deshalb nicht so schwer betroffen wurde, weil es gegenwärtig ebenso wie Deutschland eine Hochkonjunktur im Inlande hat. Daß es Polen auch bisher noch gelungen ist, seine Ausfuhr auf der alten Höhe zu erhalten, ja sie sogar noch zu steigern, wenn auch zum Teil nur unter Anwendung sehr künstlicher Mittel, die die Volkswirtschaft nicht unerheblich belasten. So zeigt sich auf der einen Seite, daß der deutsche Wirtschaftskampf gegen Polen bislang durch das Ansteigen der Inlandskonjunktur in Polen in seinen Wirkungen neutralisiert wurde. Das wird auch bestätigt durch die Entwicklung des deutsch-polnischen Handels im letzten Jahre. Sowohl die Einfuhr Deutschlands aus Polen (also die Ausfuhr Polens nach Deutschand), als auch die Ausfuhr Deutschlands nach Polen (also Polens Einfuhr aus Deutschland) stieg in der Zeit vom 1. Juli 1926 bis 1. Juli 1927 ganz beträchtlich. Auf der anderen Seite zeigt sich aber auch, daß es ganz von der Entwickelung der Inlandskonjunktur in Polen abhängt, wann Polen unter den deutschen Kampfmaßnahmen wirtschaftlich schwer zu leiden beginnen wird. Flaut die polnische Konjunktur ab, so kann die Situation für Polen sehr schnell recht gefährlich werden, zumal bei sinkender Konjunktur Polen wohl kaum noch die Mittel zur künstlichen Ausfuhrsteigerung anwenden kann, die es jetzt anwendet, und zwar einmal aus fiskalischen Gründen nicht und sodann deshalb nicht, weil bei sinkenden Inlandspreisen eine solche Dumping-Politik natürlich nicht mehr durchzuhalten ist. Daraus erklärt sich wiederum, weshalb Polen auch jetzt seine Kampfmaßnahme nicht sofort in Kraft gesetzt hat. Polen hat offenbar selbst gar kein großes Interesse daran, seine Zölle noch zu steigern. Denn die Folge würde ja nur sein, daß die bei der gegenwärtigen Inlandskonjunktur so sehr benötigten Rohstoffe, wenigstens für bestimmte Industrien (insbesondere Metall), noch verteuert würden. Dadurch würde Polen aber auf der anderen Seite selbst seine Ausfuhr weiter beschränken. Das kann für Polen sehr gefährlich werden, weil es sehr leicht möglich ist, daß die Grenze der Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes bald erreicht wird, und weil dann die Konjunktur nur dadurch aufrechterhalten werden kann, daß die Ausfuhr weiter gesteigert wird. Die ganze Maßnahme kann nur verstanden werden unter dem Gesichtspunkt, daß auch in Deutschland der Höhepunkt der Inlandskonjunktur, wenn er nicht schon erreicht ist, doch sehr schnell erreicht werden kann und daß Deutschland deshalb diese drohende Zollerhöhung durch Polen auch sehr fürchten muß. Andererseits zeigt sich wieder einmal, wie zweischneidig solche zollpolitischen Kampfmaßnahmen für das Land, das sie anwendet, selber sind. Denn wenn der Druck, der durch diese Maßnahme auf Deutschland ausgeübt wird, die erhoffte Wirkung nicht haben sollte, so kann umgekehrt diese Maßnahme auch auf Polens Konjunktur sehr üble Wirkungen haben, da es die gegenwärtig bestehende Inlandskonjunktur künstlich abdrosseln kann, indem sie die Produktion im Inland durch Steigerung der Rohstoffpreise sehr verteuert und dadurch die Preise auf eine Höhe schraubt, der die Kaufkraft der inländischen Bevölkerung nicht zu folgen vermag. Daraus ergibt sich, daß Polen selbst kein besonders großes Interesse daran haben kann, daß der Wirtschaftskampf mit Deutschland weitergeht und daß deshalb von polnischer Seite für die kommenden Handelsvertragsverhandlungen nicht übermäßig große Schwierigkeiten zu erwarten sein werden, zumal Polen auf die Ausfuhr nach Deutschland in hohem Maße angewiesen ist, sobald seine Inlandskonjunktur nachläßt. Es sollte daher, wenn in Deutschland der gute Wille dazu besteht, durchaus möglich sein, mit Polen innerhalb der viermonatlichen Frist zu einer handelspolitischen Einigung zu kommen.

Europa in Waffen

Die wahnwitzig großen Rüstungen der Mächte.

Während man in Genf über politische Fragen zweiten und dritten Ranges mit einem Stimmenaufwand, der einer besseren Sache würdig wäre, debattiert, steht die „öffentliche Meinung“ des europäischen Kontinents zweifellos noch unter dem tiefen Eindruck von Loebes und Sollmanns Anklagereden gegen den Rüstungswahnsinn in den sogenannten „Militärstaaten“ der „Alten Welt“. Zweifellos haben nur wir, die wir die versteckten Versuche, aus der deutschen Reichswehr eine Prätorianergarde des internationalen Kapitals zu machen, ebenso bekämpfen wie den Rüstungstaumel in Frankreich, Rußland, Polen, Italien und anderwärts, das Recht, den Abrüstungsschwindel, der sich bald hinter dem „Sicherheitsbedürfnis“, bald hinter der „geographischen Lage“, bald hinter der „Potentiel de guerre“, der gesamten „Rüstungs-Kapazität“ eines Landes versteckt, zu brandmarken und beim richtigen Namen zu nennen. Wenn man die militärische Lage des heutigen Europas überblickt, könnte man allerdings irre werden an dem schönen Wahn, die heutigen Militärstaaten seien willens, von sich aus, durch freiwillige Vereinbarungen ihre militärische Rüstung abzulegen. Voran

Frankreich.

Seine Gesamtrüstung läßt sich augenblicklich gar nicht recht präzisieren, da sich immer noch die „Abrüstungsentwürfe“ in der Heereskommission der Kammer jagen. Die militärische Kraft des Landes ist durch „Grenzschutz“, „Ausbildungskaders“, „aktive“ und „Reservebestände“, „Territorialarmee“ usw. so ineinandergeschachtelt, daß sie sich schwer bestimmen läßt. Trotz der Herabminderung der Dienstzeit auf 18 und 16 Monate zählt die aktive Armee momentan immer noch 626 000 Mann. Im Kriegsfall wird das franz. Feldheer mit allen ausgebildeten und technisch vorzüglich ausgerüsteten Reserven 4½ Millionen Mann stark sein. Die technische Ausrüstung des französischen Heeres aber ist enorm: 35 000 Maschinengewehre, 367 leichte Batterien, 408 schwere Batterien, 5800 Tanks, 2100 Kriegsflugzeuge.

Rußland.

Das militärische Rußland bildet den anderen Gegenpol, aus dessen Rüstung sich die Oststaaten die Vorwände für ihre eigenen Militärausgaben zu holen pflegen. Die Friedensstärke der Roten Armee stellt sich zur Zeit auf 562 000 Mann (21 Infanteriekorps, 3 Kavalleriekorps und eine Anzahl Feldartilleriedivisionen), wovon etwa 100 000 auf Unteroffiziere, Offiziere und die Führer entfallen. Dazu kommen noch die 52 000 Mann Grenzschutz und die Truppen der GPU. (der ehemaligen Tscheka). Der Aktivdienst dauert für die Infanterie zwei Jahre, der Reservedienst bis zum 40. Jahre. Bei einer Gesamtmobilmachung wird die Rote Armee wohl imstande sein, sofort f ü n f bis s e c h s Millionen Mann aufzubringen. Bei einem Militäretat von 702 Millionen Rubel für 1927 gegen rund 450 Millionen Rubel im Jahre 1926 hat Rußland 10 000 leichte und 5500 schwere Maschinengewehre, mehr als 300 leichte und 120 schwere Batterien, etwa 100 Tanks und 1000 Kriegsflugzeuge.

Polen.

Bei 27 Millionen Bevölkerung hält Polen rund 300 000 Mann einschließlich eines östlichen Grenzwachtkorps unter den Waffen. Das Rekrutenkontingent beträgt 170 000 Mann und mit den ausgebildeten Reserven sind zwei Millionen Mann verfügbar. Die 30 Infanterie- und 4 Kavalleriedivisionen umfassen 270 Bataillone und 200 Eskadrons. 321 leichte und etwa 110 schwere Batterien, 6000 leichte und 3600 schwere Maschinengewehre, 160 Kampfwagen und 360 Flugzeuge vervollständigen die materielle Ausrüstung. Vor kurzem hat der polnische Kriegsminister in Paris sich über den Stand des polnischen Heeres wie folgt geäußert: „In jedem Jahre vermehrt sich die polnische Bevölkerung um eine Million Köpfe. In zwei Jahren wird Polen 70 Divisionen aufstellen können. Vier Millionen Menschen sind bereits für eine Mobilmachung verfügbar. 40 Munitions- und Waffenfabriken sind schon errichtet.“

Tschechoslowakei.

Aehnlich wie in Polen liegen die Verhältnisse in der Tschechoslowakei. Sie wendet 1800 Millionen Kronen, das heißt 10,5 Prozent des Gesamthaushalts, für ihr Heer auf. Bei einer Bevölkerung von nur 13,5 Millionen Einwohnern hat das Friedensheer eine Stärke von durchschnittlich 150 000 Mann. Einschließlich der ausgebildeten Reserven sind etwa 700 000 Mann unter 40 Jahren verfügbar. Die Waffenstärken belaufen sich auf 166 Bataillone, 60 Eskadrons, 192 leichte, 114 schwere Batterien, 4000 Maschinengewehre, 60 Kampfwagen und 400 Flugzeuge. Auch die Tschechoslowakei empfängt Waffen, vor allem Flugzeuge, und Führerausbildung von Frankreich.

Italien.

Die Dienstzeit wurde 1926 grundsätzlich auf 18 Monate festgesetzt. Vorzeitige Beurlaubungen aus persönlichen oder Etatsgründen sind zulässig, haben jedoch eine Mindestdienstzeit von sechs Monaten zur Voraussetzung. Die Teilnahme an den Jugendausbildungskursen der Nationalmiliz — zu denen zur Zeit 70 000 junge Leute sich gemeldet haben — gewährt Anrecht auf eine entsprechende Verkürzung der aktiven Dienstzeit. Die Bilanzstärke des Heeres wurde auf 220 000, die Mindeststärke auf 150 000 festgesetzt. Die technische Ausrüstung beträgt: 9000 Maschinengewehre, 276 leichte Batterien, 192 schwere Batterien, 100 Kampfwagen, 1200 Kriegsflugzeuge. Die Stärke des „Kriegsheeres“ beträgt 3 Millionen Mann.

England.

Friedensstärke: 140 000 Mann. Kriegsstärke der ausgebildeten Reserven: 370 000 Mann. 6000 Maschinengewehre, 82 leichte Batterien, 30 schwere Batterien, 500 Kampfwagen, 1200 Kriegsluftfahrzeuge.

Rumänien.

Friedensstärke: 200 000 Mann. Kriegsstärke der ausgebildeten Reserven: 600 000 Mann. 6000 Maschinengewehre, 188 leichte Batterien, 63 schwere Batterien, 500 Kampfwagen, 143 Kriegsflugzeuge.

Die bekannten Zwangs-Militär-Etats der ehemaligen Mittelmächte zahlenmäßig den heutigen Militärstaaten gegenüber zu stellen, können wir getrost den Generalen und ihren Gazetten überlassen. Ein „Berufsheer aus lauter Feldwebel und Sergeanten zählt trotz seiner technischen Einengung ganz anders wie eine Gelegenheitssoldaten-Armee, obwohl ja gerade die starken französischen Kaders, d. h. die aktiven Ausbildungsstämme dieser sogenannten Miliz, sehr wenig von den Söldnern zu unterscheiden sein werden.

Auch die Jeremiade über die angeblich schlecht ausgerüstete Spielzeug-Flotte der Marine überlassen wir besser der pensionierten oder der aktiven deutschen Admiralität.

Den Militärspezialisten der europäischen Mächte in London, Paris, Rom oder Genf, die sich seit Jahren nach Kräften bemühen, eine vernunftgemäße Abrüstung zu verhindern, sei obige Aufstellung präsentiert als Abbild des europäischen Abrüstungsschwindels, dessen Entlarvung und Beseitigung — nach menschlichem Ermessen — erst möglich sein wird nach dem **p o l i t i s c h e n S i e g der A r b e i t e r k l a s s e über das Kapital.**

Griechenland wird saniert

Regierungswechsel. — Die Frage von Saloniki.

Athen, Ende August.

Die griechische Koalitionsregierung, die aus den fünf bürgerlichen Parteien, drei republikanischen und zwei monarchistischen, gebildet war, hat, wie vorauszusehen war, nicht lange gelebt. Griechenland, das noch immer am Anfang der Republik steht, hätte eher eine Regierung der republikanischen starken Hand als eine Regierung aus so widerstrebenden Elementen gebraucht, die seit neun Jahren nicht aufgehört haben, heimtückisch gegeneinander Krieg zu führen.

So ging die Koalition in Trümmer. Die extremen Monarchisten zogen sich aus der Regierung zurück, die gemäßigten Monarchisten blieben und erklärten sich bereit, weiter mit den Republikanern in der neuen Regierung zusammen zu arbeiten, in der sie zwei Ministerposten mehr erhalten haben.

Diese neue monarchistisch-republikanische Koalitionsregierung, das zweite Kabinett Zaimis, hat in der Kammer mit 159 von 240 abgegebenen Stimmen ein Vertrauensvotum erhalten. Nach der Regierungspresse ist das eine genügende Mehrheit, um die Arbeit der vorhergehenden Regierungen, den wirtschaftl. Wiederaufbau Griechenlands, fortzusetzen. Es ist aber vielleicht interessant, die Hintergründe dieser Sanierung, des Regierungswechsels und seine Zusammenhänge mit der griechischen Außenpolitik und der inneren Lage des Landes zu kennen.

Zunächst muß man festhalten, daß unter dem Titel der sogenannten „Konzentrationsregierungen“ in Wahrheit die republikanischen Parteiführer das Land regieren. Mit der Unterstützung der Armee verfolgen sie geradewegs ihren Plan: glauben zu machen, daß dank der Koalition ein wirkliches parlamentarisches Leben in Griechenland herrsche, gleichzeitig aber die eigentliche Regierungsverantwortung mit den Monarchisten zu teilen. Die Monarchisten ihrerseits sind bei dieser Komödie der „nationalen Versöhnung“ um nichts aufrichtiger als die Liberalen. Sie sind in die Koalition mit dem Hintergedanken eingetreten, die Republik besser untergraben zu können, und haben später bemerkt, daß die monarchistisch-republikanische Koalition den Republikanern größere Vorteile brachte. Darum haben die extremen Monarchisten (die Partei Tsaldaris) in der letzten Zeit der Koalitionsregierung alle denkbaren Schwierigkeiten bereitet, um einen Vorwand für ihren Austritt zu finden. Der Vorwand fand sich endlich in der Frage der Teilung der Nationalbank in eine gewöhnliche Bank und eine Notenbank. Es handelt sich darum, an welche dieser beiden Banken der Goldschatz der Nationalbank, der dem Papiergeld als Golddeckung dient, übergehen sollte. An dieser an der Oberfläche liegenden Frage entzündete sich der Konflikt; in Wirklichkeit aber waren es die finanziellen Vereinbarungen, die die republikanischen Minister aus Genf mitgebracht hatten, von denen die Monarchisten nichts wissen wollten. In der Tat liegt es nicht im Interesse der Monarchisten, den Republikanern bei ihrer traditionellen, venizelistischen, nach Westen orientierten Außenpolitik zu helfen. Deswegen machte sich Tsaldaris zum Verfechter einer schwedischen Finanzgruppe, die angeblich Griechenland Geld borgen wollte, von dem man freilich nicht weiß, wo es herkommen sollte. Indes, sich gegen die Finanzprojekte des Völkerbundes, also des westlichen Kapitalismus erheben, hieß sich zu viel erlauben. Die Republikaner benützten die Gelegenheit, um die extremen Monarchisten los zu werden und gleichzeitig eine Verbeugung vor der Hochfinanz in London zu machen. Von dieser war schon der Plan der ersten Koalitionsregierung als ein Mittel der Sicherung ihrer eigenen Interessen ausgegangen; sie weiß sehr wohl, daß dieses wirtschaftlich rückständige Griechenland, ohne einflußreiche Gewerkschaftsbewegung, ohne wirkliche demokratische Kontrolle des Volkes, wo er die billige Arbeitskraft der Flüchtlinge gibt, vom Standpunkt der kapitalistischen Ausbeutung trotz oder gerade wegen der Schwäche seiner Regierungen leicht zu behandeln ist. Deswegen kann auch die Kontrolle, die der Völkerbund zur Sicherung der 180-Millionen-Mark-Anleihe Griechenland auferlegen wird, etwas weniger drückend sein als die, die er anderen Staaten auferlegt hat. Es wird lediglich ein ausländischer Beobachter in der griechischen Nationalbank sitzen.

Ein anderer wichtiger Umstand in der griechischen Außenpolitik ist der Widerruf der griechisch-jugoslawischen Abkommen, die gerade vor einem Jahre zwischen dem Diktator Pangalos und der Belgrader Regierung abgeschlossen worden waren. Die griechische Kammer hat soeben einstimmig diese Abkommen über den Hafen von Saloniki und die Eisenbahn nach Gevgeli, die von Saloniki an die jugoslawische Grenze führt, abgelehnt. Man erinnert sich, daß sich Griechenland in den Verträgen von 1913 und 1923 bereit erklärt hat, seine Nachbarn und ehemaligen Verbündeten im Hafen von Saloniki alle wirtschaftlichen Erleichterungen zu gewähren, doch hat es in Paris und London durch den Mund seines jetzigen Außenministers die Gefahren betonen lassen, die aus der Einrichtung einer gemischten griechisch-jugoslawischen Verwaltung in Saloniki entstehen müßten. Es scheint, daß das Abkommen zwischen Pangalos und Nincic Jugoslawien das Recht einräumen sollte, in Saloniki eine Militärbasis einzurichten, was im Falle eines Krieges Jugoslawiens gegen Italien zweifellos die Beschießung der Stadt zur Folge hätte und Griechenland zum Aufgeben seiner Neutralität zwingen müßte.

Die Annullierung dieser Abkommen ist jedoch kein Ereignis das die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Jugoslawien und Griechenland für alle Zukunft unmöglich machen muß. Die Bourgeosie beider Länder hat alles Interesse daran, den aus den Friedensverträgen hervorgegangenen Zustand auf dem Balkan aufrechtzuerhalten und das Eindringen des faschistischen Imperialismus auf dem Balkan zu verhindern. Im Augenblick allerdings braucht die griechische Bourgeosie die italienische Unterstützung in Genf, um die Kredite zu erlangen. Man braucht darum jedoch nicht zu zweifeln, daß die Verhandlungen zwischen Jugoslawien und Griechenland später wieder aufgenommen werden und zu einer „endgültigen“ Regelung des Konflikts führen werden. Endgültig? Aber auf dem Balkan hat es und wird es niemals etwas Endgültiges geben, bevor nicht die jetzt bestehenden Staaten in einem demokratischen Bündnis vereinigt sind das der erste Schritt zur Balkanföderation sein müßte. In Griechenland jedenfalls wird die Republik niemals sicher sein, solange sie sich nicht auf die breiten Volksmassen stützen kann, und die Kredite, die Griechenland im Oktober erhalten soll, werden nur eine vorübergehende Erleichterung, nur eine künstliche Stabilisierung der Drachme bringen: die Krise wird damit nicht beigelegt, die Schuld des Landes an das Ausland vergrößert und die kapitalistischen Unternehmungen in Griechenland werden versuchen, die Zinsen der Auslandsanleihe durch vermehrte Ausbeutung aus den griechischen Arbeitern herauszuschinden. In Erwartung dieses neuen Vorstoßes des westlichen Kapitalismus in Griechenland spricht die neue Regierung in ihren programmatischen Erklärungen davon, daß sie neue Arbeiterschutzgesetze einbringen und die bestehenden verbessern wolle. Man hat ja auch Albert Thomas, dem Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, bei seiner letzten Reise in Griechenland versprochen, daß man einige der internationalen Konventionen ratifizieren werde. Aber werden diese Versprechen nicht bloß gegeben, um die Hilfe der verschiedenen Instanzen des Völkerbundes in der Kreditfrage zu erhalten? Wenn man die Kredite einmal haben wird, wird von den Arbeiterschutzgesetzen schwerlich mehr die Rede sein.

Da bedürfte es andrer Sicherungen als leerer Versprechungen. Es gäbe freilich keine bessere Garantie gegen die Ausbeutung eines Volkes als seine eigene soziale Erhebung. In dieser Beziehung ist ein erfreuliches Anzeichen in den letzten Monaten zu verzeichnen: die Annäherung zwischen den griechischen Handwerkern, Arbeitern und Angestellten. Die Organisationen dieser drei arbeitenden Schichten beraten zusammen über die wichtigsten sozialen Fragen des Landes. Aus dieser wahrhaften Volkskoalition, von diesem Griechenland der Arbeit und seiner Erhebung erwarten wir das neue, das demokratische Griechenland, das die Republik behaupten und die Grundlagen eines freieren gesellschaftlichen Lebens errichten könnte.

Y.

Deutsch-Oberschlesien

Deutscher Rundfunk.

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Sonnabend, den 10. September 1927. 14,50—15,15: Uebertragung von der Deutschen Welle, Berlin: Hans Bredow-Schule: Abt. Sprachkurse. 16,30—18: Unterhaltungskonzert. 18: Stunde mit Büchern: Referent: Dipl.-Ing. Oskar Bermann. 19—19,30: Aktuelle Wirtschaftsfragen. 19,35—20,05: Abt. Sport. 20,15: Ein Jahr Runxendorf. 22,15—24: Tanzmusik der Funkkapelle

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Königshütte. Am Freitag, den 9. d. Mts., abends 7¼ Uhr, findet im Vereinszimmer des Volkshauses eine Vorstandssitzung des Bundes statt. Eingeladen sind hierzu der Vorstand und die Delegierten der Kulturvereine.

Versammlungskalender

Pressekommission.

Am Dienstag, den 13. d. Mts., abends 7 Uhr, findet eine wichtige Sitzung der Pressekommission statt.

Kattowitz. („Die Naturfreunde“.) Am kommenden Sonntag, den 11. d. Mts., fällt infolge des Arbeiter-Sporttages unsere Tour aus. Wir bitten alle Mitglieder, sich recht zahlreich am Sporttage der Arbeiter-Turner zu beteiligen.

Eichenau. Am Sonntag nachmittags 3 Uhr findet bei Jezierowski die fällige Monatsversammlung der D. S. A. P. und der Frauengruppe „Arbeiterwohlfahrt“ statt. Zahlreiches Erscheinen dringend erwünscht. Referent: Sejmabgeordneter Kowoll.

Bismarckhütte. (Maschinisten und Heizer.) Am Sonntag, den 11. September, vormittags 10 Uhr, findet bei Paschek eine Mitgliederversammlung statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen der Mitglieder Pflicht.

Schwientochlowitz. Die Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes und der D. S. A. P. findet am Sonntag, den 11. September, vormittags 9½ Uhr, bei Dulok, Langestraße, statt. Referent: Sejmabgeordneter Genosse Kowoll.

Königshütte. Die Kassierer der Ortsausschüsse werden ersucht, die Beiträge für den Bezirksausschuß des 2. Quartals an den Kassierer des Bezirksausschusses, Kollegen Dzumbla Anton, Krol. Huta, ul. Krzyzowa 2a, sofort abzuliefern.

Königshütte. (Freie Turnerschaft.) Am Sonnabend, den 10. d. Mts., abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung im Volkshaus. Erscheinen aller ist Pflicht.

Vermischte Nachrichten

Der amputierte Menschenfuß auf der Straße.

In eine nicht geringe Aufregung wurde die Bevölkerung Heilbronns durch den Umstand versetzt, wonach ein schweres Mordverbrechen geschehen sein sollte. Die Gerüchte stützten sich auf folgende Tatsache: Passanten beobachteten in den Vormittagsstunden, daß ein Hund sich auf der Straße mit einem regelrechten Menschenfuß zu schaffen machte. Dieses war der Grund zu den angedeuteten Gerüchten. Seitens der Kriminalpolizei wurden sofort unter Benutzung von Spürhunden Recherchen nach der Herkunft des menschlichen Gliedes angestellt. Das Ergebnis muß geradezu als sensationell bezeichnet werden. Die Spur wies zur allgemeinen Ueberraschung ins städtische Krankenhaus. Hier wurde festgestellt, daß durch einen unerklärlichen Umstand, aber auch durch Unachtsamkeit der Verantwortlichen, der Fuß, der von einer Operation an einem Motorradfahrer stammte, bei dem Verbrennungsprozeß in dem Verbrennungsofen des Krankenhauses nicht verkohlt, sondern unverbrannt in einen Abfallkasten gewandert war. Entgegen einer bestehenden Vorschrift, so daß es dem Hunde gelang, den Fuß aus ihm herauszuzerren. Wenngleich in einer amtlichen Verlautbarung betont wird, daß die Verwaltung des Krankenhauses keine Schuld an dem Vorkommnis treffe, so drängt sich doch unwillkürlich die Frage nach den hygienischen Voraussetzungen in diesem Betriebe auf, die sicher nicht ohne öffentliches Interesse ist.